

DEUTSCHE POLIZEI

MAI 2018 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



**Kompetent. Erfahren.
Selbstbewusst.**

**Erfolgreicher
Tarifabschluss**



Auch die tapfersten Beschützer
brauchen **zuverlässigen Schutz.**

Als Polizeibeamter sorgen Sie für Sicherheit. Aber wer sorgt für Ihre Sicherheit? Verlassen Sie sich am besten auf einen starken Partner – auf SIGNAL IDUNA. Die zur SIGNAL IDUNA Gruppe gehörende PVAG Polizeiversicherungs-AG bietet Ihnen speziell auf Ihre Bedürfnisse zugeschnittene Absicherungslösungen. Schließlich kennen wir die besonderen Risiken, die Ihr Dienst mit sich bringt. Informieren Sie sich jetzt!

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551
polizei-info@pvag.de
www.pvag.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen

BUNDESPOLIZEI



25 Jahre ist es her, dass der damalige Bundesgrenzschutz in Tageszeitungen und auf Plakaten in den Grenzregionen zu Polen und Tschechien für die Einstellung von Grenzpolizeilichen Unterstützungskräften (GUK) geworben hat. Gerade in den ostdeutschen Ländern bot sich damit in einer von Arbeitsplatzabbau und immer weiter steigender Arbeitslosigkeit geprägten Zeit die Möglichkeit eines (erst mal für drei Jahre) sicheren und relativ gut bezahlten Jobs mit der Aussicht auf Übernahme in den Polizeivollzugsdienst ... **Seite 31**

ARBEITSINITIATIVE



Ein halbes Jahr nach der GdP-Auftakt-Veranstaltung zum Thema Arbeitszeitinitiative haben wir Eure Meinung erbeten. Nach der Vorstellung erster Projekte in den Ländern zum Schichtdienst mit interessanten Erfahrungen zu Schichtplänen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf beginnt DEUTSCHE POLIZEI nun mit der Veröffentlichung erster Reaktionen von Gewerkschaftsmitgliedern ... **Seite 35**

- 2** **BEI REDAKTIONSSCHLUSS** Tarifeinigung gibt Startschuss für Konkurrenzfähigkeit des öffentlichen Dienstes
- 3/23** **FORUM**
- 4** **TITEL/PERSONENGRUPPENKONFERENZEN**
Frischer Wind in dreifacher Ausfertigung
- 21**  **NACHRICHTEN** Startschuss für neue GdP-App 2.0
- 25** **BUNDESKONGRESSTICKER ++** Kai Christ als Thüringer GdP-Chef bestätigt
- 26** Andreas Grün bleibt hessischer Landesvorsitzender
- 27** Norbert Cioma neuer Landesvorsitzender der GdP Berlin
- 27** **GEWERKSCHAFTSPOLITIK** Hermann Lutz ist 80 Jahre alt
- 30** **GESELLSCHAFT** „Die Gelbe Hand“ prämiert Engagement für Vielfalt und gegen Rassismus
- 31** **BUNDESPOLIZEI** Ein Vierteljahrhundert Unterstützungskräfte
- 35** **ARBEITSZEITINITIATIVE** Schichtpläne und Freizeit
- 37** **FACHWISSEN VERKEHR** Ein unscheinbares Gefahrgut-Kennzeichen!
- 39** **GEFAHRGUTBEFÖRDERUNG** Beschädigte Versandstücke
- 40** **BÜCHER/IMPRESSUM**

Attraktive Preise für beste WM-Tipper




GdP-Fußballfans bitte aufgepasst! Bei der kommenden Fußball-Weltmeisterschaft in Russland vom 14. Juni bis 15. Juli bietet die Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf ihrer Homepage „gdp.de“ ein Online-WM-Tippspiel mit attraktiven Preisen an. Regelmäßige GdP-Bundesligatipper müssen sich an kein neues Regelwerk gewöhnen. Das GdP-WM-Tippspiel funktioniert genauso wie das seit drei Jahren erfolgreich laufende Bundesligatippspiel. Es gibt lediglich keine Teamwertung. Aber keine Sorge, es ist und bleibt ganz einfach teilzunehmen. Zu gewinnen dürfte allerdings deutlich schwieriger werden. Es auszuprobieren lohnt sich angesichts der Preise aber auf jeden Fall:

Denn: Der Sieger erhält zwei VIP-Heim-Tickets für ein Championsleague-, oder ersatzweise Europa-League-Gruppenspiel beziehungsweise Bundesligaspiel der Saison 2018/2019. Also: Daumen drücken für die Schwarz-Gelben. Der zweitbeste Tipper darf sich auf zwei VIP-Heimspiel-Tickets für ein BVB-Bundesligaspiel freuen. Als dritter Preis sind zwei Stadiontickets für ein BVB-Bundesligaspiel zu ertippen. Auf den Plätzen 4 bis 10 warten Gutscheine der Organisations- und Servicegesellschaft (OSG) im Wert von 100 bis 40 Euro.

mzo

Foto: GES-Sportfoto/dpa



Tarifeinigung gibt Startschuss für Konkurrenzfähigkeit des öffentlichen Dienstes

Nach langwierigen Verhandlungen haben sich die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes (öD) mit den Arbeitgebern Mitte April in der 3. Tarifrunde für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen auf ein Ergebnis verständigt. Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, sagte: „Es ist der Kraftakt gelungen, die Entgelttabellen zu reformieren. Davon werden fast alle Beschäftigte mit einer Lohnsteigerung von über drei Prozent schon in diesem Jahr profitieren. Am Ende der Laufzeit von 30 Monaten werden die Tabellenentgelte um rund 7 Prozent gestiegen sein. Das ist unter dem Strich ein Abschluss, den wir vertreten können.“

„Wichtig ist für uns, dass die unteren und mittleren Einkommensgruppen am Ende der Laufzeit der 30 Monate spürbare Erhöhungen erhalten, die unserer Forderung sehr nahe kommen. Erfreulich für die GdP ist die angekündigte zeit- und wirkungsgleiche Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten des Bundes“, betonte Malchow.

Wie der Verhandlungsführer der Gewerkschaften, ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske erläuterte, handelt es sich bei der Einigung um ein „komplexes“ Programm, das die Attraktivität und Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes verbessern soll. Die Strukturreform der Entgelttabelle berücksichtige die Probleme der öffentlichen Arbeitgeber bei der Personalgewinnung für hochqualifizierte Positionen ebenso, wie sie den Nachholbedarf in der Einkommensentwicklung bei allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern insbesondere in den unteren und mittleren Gehaltsgruppen des öffentlichen Dienstes befriedige.

Erwartungsvolle Spannung vor entscheidender Runde

Vor der möglicherweise entscheidenden dritten Runde hatte eine angespannte Stimmungslage sowohl unter den Mitgliedern der Delegationen sowie den draußen vor dem Potsdamer Hotel wartenden Demonstranten geherrscht. So entlud sich der Ärger

über die bisherige Blockadehaltung der Arbeitgeber sprichwörtlich mit Pauken und Trompeten, als hunderte Beschäftigte die öD-Verhandler mit allem begrüßten, was ordentlich Krach macht. GdP-Chef Malchow erklärte: „Die Lautstärke dieses Empfangs ist für unsere Kolleginnen und Kollegen auch Ausdruck ihrer Wut über das bisherige Verhalten der Arbeitgeber, die es in den zwei vorhergegangenen Runden nicht geschafft haben, ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen.“

Massive Warnstreiks

Eingeheizt wurde der Arbeitgeberseite schon seit Wochen: 150.000 Beschäftigte hatten sich in den Wochen zuvor an Warnstreiks beteiligt, in der Woche vor Ostern waren es bereits 70.000. Vielerorts standen Straßenbahnen und U-Bahnen still, Flüge wurden gestrichen. Müllabfuhr, Kitas, Krankenhäuser und Stadtverwaltungen waren betroffen. Trotz mancher Unbequemlichkeit, die sie während der Warnstreiks in Kauf nehmen mussten, hatten nach einem zeitnah veröffentlichten ZDF-„Politbarometer“ 75 Prozent Verständnis für die Anliegen der Gewerkschaftsmitglieder.

„Der öffentliche Dienst hat einmal mehr gezeigt, dass es ohne ihn nicht geht und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer es wert sind, angemessen bezahlt zu werden. Deshalb fordern wir für die rund 2,2 Millionen Tarifbeschäftigten bei Bund, Städten, Gemeinden und kommunalen Unternehmen und für die rund 350.000 Beamtinnen und Beamten und 180.000 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger des Bundes sechs Prozent mehr Geld, mindestens aber 200 Euro pro Monat“, betonte Malchow.

hol



Kurz nach Mitternacht erläuterten Arbeitnehmervertreter und Arbeitgeber den am Tagungsort in Potsdam versammelten Pressevertretern das erzielte Tarifergebnis: (v.l.) Oliver Malchow (GdP), Marlis Tepe (GEW), Dr. Thomas Böhle (VKA), Bundesinnenminister Horst Seehofer, Frank Bsirske (ver.di) und Ulrich Silberbach (dbb).

Foto: Holecek



Zu: Tarifverhandlungen, DP 3/18

Wie immer habe ich interessiert DEUTSCHE POLIZEI gelesen und im Landesjournal Berlin plötzlich meinen Namen gesehen. Ich stellte fest, dass ich schon 25 Jahre GdP-Mitglied bin. Es ist Euch hoch anzurechnen, dass ihr an Kollegen erinnert! Ich möchte mich nochmals dafür bedanken, dass die GdP einem partei- und gewerkschaftlosen Kollegen vor 25 Jahren geholfen hat, seine Versetzung zur Polizeischule zu verwirklichen, der dadurch sogar noch eine Gehaltsgruppe aufsteigen konnte. Das war nicht zu erwarten. In meinen letzten zehn Berufsjahren dort konnte ich meinen Schülern und Schülerinnen aus Ost und West meine Erfahrungen vermitteln und hell und dunkelhaarige Deutsche zu einer Einheit schmieden und hatte wieder Freude an meinem Beruf.

Ich habe auch gelesen, dass wieder Tarifverhandlungen anstehen. Die Mindesthöhung (200 Euro) hat mir am besten gefallen. Leider können bei der Höchstforderung von 6 Prozent mehr Gehalt alle die Kollegen und Kolleginnen, die weniger als 3.300 Euro brutto bekommen, die 200 Euro monatlich nicht erreichen. Da die meisten Verhandlungsführer einer sozialen oder christlichen Partei angehören, sollten ihnen die unteren Lohngruppen doch besonders am Herzen liegen, zumal es vor allem Gewerkschaftler waren, die monierten, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird. Die Verhandlungsführer haben leider seit Jahrzehnten nicht gemerkt, dass sie selbst mit prozentualen Gehaltsforderungen die Schere in jedem Jahr vergrößerten.

Alle Gewerkschaften könnten viel zur Zufriedenheit der Mitglieder und der Menschen beitragen, wenn sie 10 Jahre lang einen Festbetrag (zum Beispiel 150 bis 200 Euro) für jeden Arbeitnehmer fordern würden. Sollten die Arbeitgeber in unserem Fall nicht einmal den Mindestbetrag anbieten, hätten die Verhandlungsführer nicht gut genug verhandelt! Wenn das Angebot letztlich finanziell nicht ausreichen sollte, könnten die Gewerkschaftsvorstände zumindest mit den unteren Gehaltsgruppen anfangen, den geplanten Mindestlohn zu verteilen. Dann hätten diese Arbeitnehmer, die es wirklich nötig haben, endlich einmal mehr Geld

in ihren Taschen als Steuern, Inflation und Teuerungen ihnen wieder wegnehmen. Die übrigen Gehaltsgruppen, bis zu den Spitzenverdienern, erhielten dann abgestuft geringere Beträge, was sie sicher verkraften könnten. Auch das sogenannte Leistungsprinzip wäre gewährleistet, weil die höheren Gehaltsgruppen Jahrzehnte lang von der prozentualen Erhöhung profitierten. Jeder von uns hat viele sehr gute Angestellte kennengelernt, die geringe Gehälter bekamen und trotz sehr guter Leistungen kaum Aufstiegschancen hatten.

Weil meine GdP mir geholfen hat bitte ich sie, auch den Geringverdienern im öffentlichen Dienst eine Chance zu geben und die Verhandlungsführer der Gewerkschaften dahingehend zu beeinflussen. Wenn das nur zehn Jahre lang von allen Gewerkschaften praktiziert würde, wären Kinderarmut und Armut der Rentner in unserem reichen Deutschland wesentlich geringer.

Man würde den Gewerkschaftsführern wieder vertrauen und die Mitgliederzahlen würden sich mit Sicherheit stark erhöhen.

Gerhard Zingler, Walsrode

Antwort der Abteilung Tarifpolitik Bund

Lieber Kollege Zingler, vielen Dank für Deine Anregungen und konstruktive Kritik. In dieser Tarifrunde wurde eine prozentuale Erhöhung von 6 Prozent gefordert, mindestens aber 200 Euro. Die „Mindestforderung“ kommt in erster Linie den unteren Lohngruppen zugute.

Wir verhandeln in einer Tarifgemeinschaft mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (öD) ver.di, GdP, GEW, IG BAU sowie der dbb tarifunion. Jede Gewerkschaft bringt in der Bundestarifkommission (BTK) öD ihre Forderung für die jeweilige Tarifrunde ein. Diese Forderungen werden beraten, anschließend eine gemeinsame beschlossen.

Das Ergebnis von Tarifverhandlungen ist immer eine Ausbalancierung der Kräfteverhältnisse zwischen den Arbeitgebern einerseits und den Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften andererseits, deshalb müssen wir bei unseren Forderungen ebenfalls beachten, wie realistisch die Durchsetzung gegenüber den Arbeitgebern ist. Wichtig ist auch der Aspekt, wie viel Kraft für die Durchsetzung einer Forderung unsererseits vonnöten ist. Hier ist unter anderem auch die Durchsetzungskraft

der Beschäftigten ausschlaggebend, beispielsweise durch Teilnahme an Warnstreiks. Letztendlich entscheiden nicht die „Schönheit“ einer Forderung und auch nicht nur eine geschickte Verhandlungsstrategie über den Erfolg von Tarifrunden, sondern die Durchsetzungskraft der Beschäftigten.

Sockel-, Mindest- und Festbetragsforderungen stoßen bei den öffentlichen Arbeitgebern immer wieder auf massiven Widerstand, so dass deren Durchsetzung auf dem reinen Verhandlungsweg ausgesprochen schwierig ist. Die Arbeitgeber drohen mit Outsourcing, Privatisierung und Fremdvergabe, was wiederum besonders die unteren Entgeltgruppen betreffen würde.

Nach wie vor ist die GdP im Sinne ihrer sozialen Ausrichtung immer bestrebt, eine Verbesserung der Entgelte der unteren Entgeltgruppen zu erkämpfen, was wir auch in dieser Tarifrunde anstreben.

Zu: Belastungen im Polizeidienst, DP 3/18

Seit Jahren klagen die Kollegen – zu Recht – über Autoritätsverlust, Respektlosigkeit, Beleidigungen, Provokationen, Gewalt, Hohn und Spott. Im Bericht wird von einer anderen Grundhaltung der Bürger gesprochen, die sich möglichst wenig vorschreiben lassen wollen. Dies ist sicher nur ein Aspekt.

Vielmehr können sich Provokateure und Straftäter nahezu sicher sein, dass ihnen von Seiten der Justiz heutzutage kaum noch Ärger droht. Selbst bei schweren Straftaten, Mehrfachintensivtaten oder Serienstraftaten kann der Täter, meist unter Zuhilfenahme eines auf Konflikt gebürsteten Anwaltes, heutzutage einer möglichen Verurteilung gelassen entgehen.

Leider kann man da verschiedene Personen, die als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind, nicht ausnehmen. Längst hat es sich auch da bei einigen herumgesprochen, dass man für Ladendiebstähle, Fahren ohne Fahrerlaubnis, Beleidigungen und Widerstand gegen Polizeibeamte im Vergleich zum Heimatland nur sehr milde oder gar nicht bestraft wird. Schlimmstenfalls wird man, nach ewigen Verwaltungsverfahren, in ein sicheres Drittland abgeschoben. Seit vielen Jahren ist die Polizeistärke (wie die Politiker immer so schön sagen) „auf Kante genäht“.

Fortsetzung auf Seite 23



PERSONENGRUPPENKONFERENZEN

Frischer Wind in dreifacher Ausfertigung

Frauen, Senioren und Jugend stellen gewerkschaftspolitische Weichen für die kommenden vier Jahre

Die sogenannten Personengruppen in der Gewerkschaft der Polizei (GdP) haben eine wichtige Aufgabe. Sie fördern die gewerkschaftspolitische Arbeit für die in der GdP organisierten Frauen, Senioren und jungen Polizei-beschäftigten, beraten ihre jeweiligen Vorstände auf Landes- und Bezirksebene, aber eben auch den Geschäftsführenden Bundesvorstand. Alle vier Jahre treffen sich Delegierte zu ihren Bundespersonengruppenkonferenzen und bestimmen ihre neuen Geschäftsführenden Bundesvorstände. Um mit ihren dort verabschiedeten Anträgen möglichst nah an aktuellen Entwicklungen anknüpfen zu können, wird zu den drei Delegiertentagen im jeweiligen Kongressjahr eingeladen. Denn die GdP-Personengruppen verfügen über ein Antragsrecht für den vom 26. bis 29. November stattfindenden 26. Ordentlichen GdP-Bundeskongress in Berlin. Somit trafen sich Frauen, Senioren und die JUNGE GRUPPE (GdP) im März und April zu ihren zweitägigen Konferenzen in der brandenburgischen Landeshauptstadt.

jedoch immer nur freiwillig erfolgen. Es müsse jederzeit möglich sein, auch vom betrieblichen Arbeitsplatz aus zu arbeiten.

Die DGB-Vize sagte, dass für mobile Arbeit grundsätzlich das Arbeitsschutzgesetz zu gelten habe. Der Arbeitgeber sei in der Verantwortung, die Einhaltung der Arbeitsstättenverordnung und der Bildschirmarbeitsverordnung auch bei Heimarbeit sicherzustellen. Zudem müsse klar sein: die Arbeitszeit sei zu erfassen und zu vergüten, egal wo sie geleistet werde. Hannack betonte: „Wo Smartphone, Mailverkehr und Internet die Kommunikation übernehmen, verändert sich auch die Arbeit im Polizeivollzug enorm. In der Enge eines vollgepackten Dienstfahrzeuges, umgeben von Straßenlärm und stets ansprechbar für Bürgerinnen und Bürger leidet die Konzentration, sind komplexe Sachverhalte kaum mehr zu bearbeiten. Auch hier darf der Arbeitsschutz nicht auf der Strecke bleiben!“

und gewerkschaftspolitischen Grußworten deutlich.

Arbeitsschutz gilt auch für mobile Arbeit

So wies die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Elke Hannack, darauf hin, dass ein Ausgleich von Erwerbs- und Familienarbeit zwischen den Geschlechtern benötigt werde. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familien sei auch in Zeiten des digitalen Wandels keineswegs ein Selbstläufer, stellte sie fest. Nur wenn Beschäftigte die Möglichkeit hätten, selbst über den Einsatz digitaler Mittel mitzubestimmen, ließen sich Beruf und Familie besser vereinbaren. „Die Flexibilisierung von Arbeitszeit und Arbeitsort ermöglicht vielen Beschäftigten, ihr Berufsleben besser an ihre privaten Bedarfe anzupassen. Wenn durch das sogenannte Home Office die Fahrtzeit zum Arbeitsplatz entfällt, schafft das neue Zeitressourcen für die Familie. Für Frauen und Männer, deren Funktion mobiles Arbeiten zulässt, könnte der digitale Wandel auch zum Motor für mehr Partnerschaftlichkeit werden“, betonte die Gewerkschafterin. Die Nutzung von Home-Office könne

Von der Anwesenheits- zur Vertrauenskultur

Grüße aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) überbrachte Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek den GdP-Frauen – und zwar von gleich zwei Ministerinnen: von der zu diesem Zeitpunkt amtierenden Frauenministerin Dr. Katarina Barley sowie von ihrer Nachfolgerin Dr. Franziska Giffey. Kleindiek skizzierte die kommenden Aufgaben des Frauenressorts und betonte insbesondere Verbesserungen in den Bereichen Frauenquote, Lohngerechtigkeit und beim Rückkehrrecht von Teilzeit- in Vollzeitbeschäftigung. Er bekräftigte die Absicht des Ministeriums, weiter an der strukturellen Herstellung von Gleichheit zu arbeiten.

Die Digitalisierung birgt nach den Worten des Ministerialbeamten



„Wir Frauen in der Cloud – Kompetent und laut“

Die 7. GdP-Bundesfrauenkonferenz bildete den Auftakt im GdP-Kongressjahr 2018 auf Bundesgremienebene. Im März fanden sich in Potsdam 108 weibliche Delegierte aus allen Landesbezirken und -Bezirken ein. Neben den Wahlen eines neuen Geschäftsführenden GdP-Bundesfrauenvorstandes legten sie ihren Fokus auf die fortschreitende Digitalisierung der Arbeitswelt. Was sich hinter dem Motto des Delegiertentages „Wir Frauen in der Cloud – Kompetent und laut“ verbarg, wurde bereits in den politischen



viele Chancen, einige Risiken sind jedoch auch auszumachen. Wichtig sei, mit dem Thema selbstbewusst umzugehen. Dazu gehöre es, digitale Technik in den Arbeitsalltag positiv zu integrieren und diesen dadurch zu verbessern, verdeutlichte Kleindiek. Es gelte, auch unter diesem Gesichtspunkt die Vereinbarkeit weiter voranzutreiben. Es müsse mehr Möglichkeiten geben, flexibel zu arbeiten. Man dürfe nicht unter Druck geraten, „nur weil die Kita in ein paar Minuten schließt“.

Der Staatssekretär verwies im Übrigen darauf, dass im Ministerium rund 90 Prozent der Beschäftigten das Angebot nutzten, mobil arbeiten zu können. Dort sei man schon einen Schritt weiter, sagte er und fügte hinzu: „Und zwar auf dem Weg von der Anwesenheitskultur zur Vertrauenskultur.“

Kleindiek bekräftigte die Absicht, in die Kinderbetreuung, besonders für die sogenannten Randzeiten, investieren zu wollen und forderte die Delegierten auf, die Politik dort ruhig beim Wort zu nehmen.

Informationsflut zu bewältigen

Fakt sei, dass sich die Arbeitswelt in den kommenden Jahren rasant verändern werde, unterstrich der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow. Schon jetzt sei festzustellen, dass sich neue Formen der Kommunikation etabliert hätten. So sei das Arbeiten ortsunabhängiger geworden sei, Arbeitszeiten würden immer flexibler und Informationen seien leichter zugänglich. Praktisch sehe man sich aber auch einer Informationsflut gegenüber, die es zu bewältigen gelte. Malchow sagte: „Unsere Aufgabe als Gewerkschaft sehen wir darin, unsere Kolleginnen und Kollegen bei diesem Prozess zu unterstützen und eng zu begleiten. Mit Hilfe der Personalräte und Gleichstellungsbeauftragten wollen wir Risiken für die Beschäftigten erkennen und benennen, aber selbstverständlich auch die zweifellos vorhandenen Chancen nutzen.“

Im Konferenzleitungsantrag zur Digitalisierung hätten die GdP-Frauen diese Chancen bereits aufgezeigt, so der GdP-Chef. Zum Beispiel für die wichtige Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege. Ebenso seien klare Anforderungen an den Dienstherrn

formuliert worden, darunter Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, flankiert von Dienstvereinbarungen und Regelungen für den Beschäftigtendatenschutz. „Die sich daraus ergebenden Forderungen sind berechtigt, und wir wollen sie gemeinsam umsetzen“, kündigte Malchow an.

Er dankte der GdP-Frauengruppe, dass sie viele Themen anpacke, die Kolleginnen, aber auch Kollegen, in der Polizei direkt beschäftigten. „Häusliche Gewalt, Zwangsverheiratungen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder Altersarmut sind in Eurem Fokus. Eure Präsenz und die gute Arbeit der Frauengruppe sind sicherlich ein Grund dafür, dass der Frauenanteil in

kleidete das Amt der stellvertretenden Vorsitzenden seit 2006. Sie folgt auf ihre Vorgängerin Dagmar Hölzl, die im vergangenen Jahr verstorben war.

Die neue GdP-Bundesfrauenvorsitzende ist seit Mai 2017 auch Vize-Vorsitzende im Geschäftsführenden Vorstand des GdP-Bezirks Bundespolizei sowie stellvertretende Vorsitzende des Bundespolizeihauptpersonalrats beim Bundesministerium des Innern. „Wir Frauen in der Polizei haben uns die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine ausgewogene Work-Life-Balance auf die Fahnen geschrieben. Wir treten entschieden an, um geschlechtsspezi-



Bundesfrauenvorsitzende Erika Krause-Schöne war gefragte „O-Ton-Geberin“ für Fernseh-teams.
Foto: GdP/Hagen Immel

der GdP stetig steigt. Die Frauen sind eine starke Stimme in der Polizei.“

Erfahrene Polizistin neue GdP-Bundesfrauenvorsitzende

Nach den Grußworten und bevor „digital-inhaltlich“ eingestiegen wurde, hatten die Delegierten mit der Bundespolizistin Erika Krause-Schöne eine neue GdP-Bundesfrauenvorsitzende gewählt. Die 51-jährige Beamtin aus Mecklenburg-Vorpommern freute sich über einen überwältigenden Vertrauensvorschuss. Krause-Schöne gehört seit 2002 zum Geschäftsführenden GdP-Bundesfrauenvorstand und be-

fische und einseitige Familienernährermodelle endgültig zu überwinden“, kündigte die neue GdP-Frauenchefin an. Ebenso stünde die Beseitigung struktureller Benachteiligungen von Frauen in der Gesellschaft, und vor allem im Arbeitsfeld Polizei, auf der aktuellen und künftigen Agenda der GdP-Frauengruppe Bund.

Komplettiert wird das neue Führungsgremium der GdP-Frauen durch Wilma Wäntig, vormals stellvertretende Schriftführerin aus Mecklenburg-Vorpommern. Die Delegierten wählten die Tarifbeschäftigte zur stellvertretenden Bundesfrauenvorsitzenden. Neu im Amt der Stellvertreterin sowie im Geschäftsführenden



PERSONENGRUPPENKONFERENZEN

GdP-Bundesfrauenvorstand ist die Nordrhein-Westfälin Julie Janetzko. Als Schriftführerin bestätigt wurde Christiane Kern aus Bayern, zu ihrer Stellvertreterin die Saarländerin Vera Koch gewählt, die ebenfalls erstmals Mitglied im Geschäftsführenden GdP-Bundesfrauenvorstand ist.

Die Frauengruppe Bund (GdP) vertritt rund 46.000 Beschäftigte in den Polizeien von Bund und Ländern und setzt sich seit über 35 Jahren aktiv für deren Belange ein. Waren die Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Vertretung anfänglich stark auf die berufliche Situation der Kolleginnen fokussiert, sind im Laufe der Jahre weitere vor allem gesellschaftspolitische Themen hinzugekommen. Das spiegelte sich auch in den Antragsberatungen der 7. Bundesfrauenkonferenz wider.

Klare Trennung zwischen Arbeit und Freizeit

Vor dem Hintergrund der rasanten Digitalisierung der Arbeitswelt sprachen sich die Delegierten für eine

auf digitalisierte Arbeitsgegenstände wie Sachakten oder Vorgänge.

„In der digitalen Entwicklung sehen wir eine große Chance für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, weisen jedoch auch auf die

entstandenen Berufsfelder, den Ausbau von Qualifizierungsmaßnahmen, eine Anpassung sowie Stärkung der Mitbestimmungsrechte von Personalräten, Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten und den Vertrauenspersonen der



Der neue Geschäftsführende GdP-Bundesfrauenvorstand (v.l.): Vera Koch, Christiane Kern Wilma Wäntig, Julie Janetzko und Erika Krause-Schöne.



Großes Medieninteresse an den frauenpolitischen Themen der GdP-Delegierten.
Fotos (2): GdP/Hagen Immel

Neugestaltung der Arbeitszeit sowie eine Entkoppelung von Arbeitszeit und Arbeitsort aus. Die digital vernetzte Arbeit lasse die traditionelle Fixierung an einen festen Ort hinter sich. Digitale Applikationen wie Clouds oder Smartphones ermöglichten durch leichten Transport sowie hohe Leistungsfähigkeit einen zeitlich uneingeschränkten und von überall aus möglichen Zugriff

Gefahren hin, die von einer ständigen Erreichbarkeit ausgehen“, betonte die Bundesfrauenvorsitzende. Daher seien eindeutige Regelungen für eine funktionierende Work-Life-Balance unabdingbar. Krause-Schöne sagte: „Arbeitszeit und Freizeit müssen klar getrennt sein.“ Mit Blick auf die laufenden Digitalisierungsprozesse forderten die Gewerkschafterinnen eine Bewertung der neu

schwerbehinderten Menschen sowie die Schaffung zielgruppengerechter Fortbildungsangebote. Ebenso notwendig seien klare Regelungen zum Beschäftigtendatenschutz sowie eine wissenschaftliche Begleitung der Auswirkungen der Digitalisierung auf die Beschäftigten.

Die digitale Welt braucht Regeln wie im Straßenverkehr

Vertiefende Sichtweisen zur fortschreitenden Digitalisierung des Alltags steuerten Referentin Sabrina Kunz und Referent Welf Schroeter bei. „Digitalisierung geht nur mit den Menschen, die damit arbeiten und umgehen müssen“, stellte Kunz fest. Für die 37-Jährige zeichnet sich klar ab, dass sich Kommunikation und Sprache im Zuge der Digitalisierung verändern werden. Besonders bedeutsam sei dies für die Nachwuchsgewinnung und -werbung, betonte die rheinland-pfälzische Polizistin. Einen Schwerpunkt des erforderlichen Modernisierungsprozesses erkennt sie an den Hochschulen der Polizeien, die digitaler werden müssen.

Die Digitalisierung halte unterdessen noch weitere Herausforderungen parat, sagte Kunz. Unter den Aspekten





„Die Frauen sind eine starke Stimme in der GdP“, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow.

Fotos (2): GdP/Hagen Immel

Bildung und Medienkompetenz erwartete sie eine veränderte gesellschaftliche Diskussionskultur. „Diese Aspekte stellen hohe Anforderungen an Bürgerbeteiligung und Partizipation. Für die Polizei bedeutet dies unter anderem, ihre Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in den sozialen Medien zu strukturieren sowie in Aufklärung und Prävention zu investieren.“

Überzeugt ist die ehemalige GdP-Bundesjugendvorsitzende davon, dass sich Tatbegehungsweisen wandeln werden. Die Polizei müsse hier technisch und personell Schritt halten, forderte sie. Voraussetzung dafür seien die Schaffung rechtlicher Voraussetzungen und eine Verbesserung des Informationsaustauschs zwischen den Ermittlungs- und Justizbehörden.

Mit gewisser Sorge betrachtet Kunz das Verhältnis von Arbeit und Privatheit. Die Digitalisierung könne zu einer Entgrenzung führen, wenn nicht vernünftige Regelungen zur Erfassung von Arbeitszeit und dem Schutz der Beschäftigten entworfen würden. Einer selbstbestimmten Informationsgesellschaft ließe sich zwar ausdrücklich zustimmen, jedoch müsse sich auch das Mitbestimmungsrecht „digitalisieren“.

Schließlich, so unterstrich die Gewerkschafterin, seien auch die Arbeitsprozesse nicht von einer Digitalisierung ausgenommen. „Orts- und zeitunabhängige Arbeitsplätze sollten das Ziel sein.“ Das mobile Arbeiten gewinne zunehmend an Bedeutung und könne sowohl in den operativen als auch nicht operativen Bereichen möglich sein.

Unerledigte Hausarbeiten

Wer sich mit der sozialen Gestaltung

moderner Arbeitswelten befasse, stelle sich wohl ab und zu die Frage, wo denn eigentlich derzeit vorne sei, sagte der 63-jährige Publizist und Historiker Welf Schröter vom Forum Soziale Technikgestaltung zu Beginn seines Referats. „Bilden die Humanisierung mobiler Arbeit und die Einrichtung eines HomeOffice das unerkannt Neue? Stellen das ‚Internet der Dinge‘ oder ‚Smart Glasses‘ die Überraschung des Morgen dar? Ist die Nutzung eines Smartphones eine Innovation?“ fragte er das Forum und antwortete zugleich: „Seien wir ehrlich: Wir sind zumeist mehrheitlich dabei, unsere unerledigten Hausaufgaben der letzten Jahre aufzuarbeiten. Wir gestalten momentan vor allem eine nachholende Digitalisierung. Dies ist absolut notwendig und eine erhebliche soziale Herausforderung. Diese Digitalisierung ist die Basis von ‚Arbeiten 4.0‘, aber es ist nicht ‚Arbeiten 4.0‘“, verdeutlichte Schroeter.

Die Vier-Null-Welten begännen mit der „Digitalisierung hinter der Digitalisierung“, wenn die „Handlungsträgerschaft Mensch“ übergehe in eine „Handlungsträgerschaft autonomer Software-Systeme“, die „selbstlernend“ und in gewisser Weise „selbstentscheidend“ seien. „Damit sind nicht Roboter oder selbstfahrende Autos gemeint. Es geht um Software, um ein neues gewerkschaftliches Verständnis der Potenziale von Software. Wir müssen lernen, den Menschen ins Zentrum der Arbeits- und Lebenswelt zu setzen und zugleich die Prozesse und Organisationsabläufe durch die Brille der intelligenten Software zu denken“, ordnete der Autor eines Internetblogs zur Zukunft der Arbeit ein. Solange aber nur rückwärtig nachholend gehandelt würde, gerate die Richtung des Vorne aus dem Blick. Das, was technologisch vorn sei, müsse dem Menschlichen unterworfen werden. Es gelte, „unsere Gestaltungskompetenz zu erneuern“.

Seit mehr als 30 Jahren rollt dem Referenten zufolge eine Digitalisierungswelle nach der anderen durch die Arbeitswelten. In den 1980er-Jahren habe man von einer „Informatisierung der Arbeit“ gesprochen, in den Neunzigern die Begriffe „Multimedia“, „Electronic Business“, „Telearbeit“ und „E-Working“ aufgekommen. Tatsächlich technisch innovativ seien allerdings Software-Technologien, die der früheren Technik in einem Kern-

punkt voraus seien: „Diese neue Software steuert Prozesse nicht nur bedarfsgerecht reaktiv, sie kann vor allem Arbeitsschritte vorausdenken und vorausstrukturieren. Diese sogenannten autonomen Software-Systeme (ASS) fordern von Personal- und Betriebsräten neue Kompetenzen. Kolleginnen und Kollegen sind gedrängt, ein vorausschauendes Denken und Handeln zu entwickeln, um mit der Software auf gleicher Augenhöhe zu bleiben“, verdeutlichte Schroeter.

Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz, Geschlechtergerechtigkeit und Humanisierung der Arbeitswelten gelängen zukünftig am ehesten dann, wenn die Anforderungen der Personal- und Betriebsräte schon beim Start autonomer Software-Systeme in diese aktiv integriert seien, erläuterte



Digitalisierung: Man müsse sich auf den Weg „von der Anwesenheitskultur zur Vertrauenskultur“ machen, erklärte Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek und überbrachte Grüße aus dem Bundesfrauenministerium.

er und stellte fest: „Dazu müssen wir lernen, in den Kategorien des vorausschauenden Schützens und des vorausschauenden Gestaltens zu denken.“ Dies, so bilanzierte der Arbeitsblogger, gehöre zu dem wirklich Neuen der digitalen Transformation.

Teilzeitkräfte haben oft Terminprobleme

Neben der Digitalisierung erörterten die Delegierten weitere wichtige frauen- sowie gewerkschaftspolitische Fragen, darunter eines der hartnäckigsten Dauerthemen der Frauengruppe – die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. So sollen nach Auffassung der Delegierten dienstliche Fortbildungen so flexibel terminiert werden,



dass sie mit unterschiedlichen Arbeitszeitmodellen – insbesondere Teilzeitarbeit – vereinbar seien. Dafür müssten die Voraussetzungen in den Polizeien der Länder und des Bundes zeitnah geschaffen werden, betonten die Gewerkschafterinnen.

„Mehrtägige Seminare, insbesondere diejenigen, die sich über mindestens eine Woche hinziehen, können von Teilzeitkräften oft nicht wahrgenommen werden. Es sollte die Möglichkeit bestehen und Anspruch sein, entweder Kinderbetreuung oder die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger anzubieten oder die Veranstaltung halbtags auf einen längeren Zeitraum verteilt durchzuführen“, verdeutlichte Erika Krause-Schöne.

Nur wenn Frauen und Männer, Teilzeit- und Vollzeitkräfte die gleichen Chancen auf Fortbildung hätten, könnten sie die entsprechende Qualifizierung zur Übernahme beispielsweise einer Führungsposition erhalten. Solche Regelungen sollen laut der Ge-



Alles im Griff hatte die Verhandlungsleitung mit den Kolleginnen (v.l.) Katrin Kuhl, Angelika Kunert (verdeckt), Anja Stolzenburg und Karin Dullnig. Fotos (2): GdP/Hagen Immel

„Vereinbarkeit von Beruf und Familie bedeutet heutzutage, erwerbstätigen Frauen und Männern die Möglichkeit zu geben, sich sowohl ihrem Beruf als

Vereinbarkeit von Beruf und Familienpflichten einen hohen Stellenwert einzuräumen. Krause-Schöne sagte: „Führung muss Vorbild sein. Und: Familienbedingte Ausfallzeiten dürfen sich weder mittel- noch unmittelbar auf die Karriere auswirken. Das gilt auch für Führen in Teilzeit.“



Über 40 Anträge standen zur Beratung und Abstimmung an.

werkschafterin in den Gleichstellungsgesetzen des Bundes und der Länder Einzug finden.

Chancengleichheit für hochqualifizierte Frauen nicht gegeben

Die Delegierten thematisierten weiterhin, dass weibliche Polizeibeschäftigte unzufrieden mit dem Stellenwert der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in den Polizeibehörden der Länder und des Bundes sind. Sie fordern daher eine „festgeschriebene Behördenphilosophie“ für eine familiengerechte Balance zwischen Arbeit und Freizeit.

auch der ‚Familienarbeit‘ zu widmen. Mindestens zwei Drittel aller Frauen ist berufstätig. Die Ausbildung von Frauen ist der ihrer Geschlechtsgegnossen gleichzusetzen. Trotz allem ist die Chancengleichheit für hochqualifizierte Frauen, die sich zum einen der Betreuung ihrer Kinder oder der Pflege von Angehörigen widmen und zum anderen ihrem Beruf und ihrer Karriere widmen, wie diverse Studien belegen, nicht gegeben“, betonte Krause-Schöne.

Die Gewerkschafterinnen zeigten sich unterdessen überzeugt, dass jedes Unternehmen und jede Dienststelle daran interessiert sein sollte, der

Sogenannte Spuckhauben sollen nach Auffassung der GdP-Frauen als dienstliches Einsatzmittel bundesweit für alle Polizeien angeschafft werden. Damit reagierten sie in einem einmütigen Beschluss auf einen deutlichen Anstieg von Spuckattacken auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS). „Wenn Beamtinnen oder Beamte von einem mutmaßlichen Täter oder einem Festgenommenen angespuckt werden, müssen sich Geschädigte einem intensiven medizinischen Versorgungsverfahren, der sogenannten Postexpositionsprophylaxe (PEP), stellen und sind dabei enormen psychischen Belastungen ausgesetzt“, erklärte die GdP-Bundesfrauenvorsitzende. Durch den gezielt dokumentierten Einsatz der Spuckhaube werde ein gefährliches Einwirken auf BOS-Mitarbeiter sowie unbeteiligte Dritte verhindert.

Weitere Anträge des Delegiertentages beschäftigten sich unter anderem mit flexibilisierten Lebensarbeitszeitkonten, der Telearbeit, dem „Führen in Teilzeit“, der vollen Anerkennung der Eltern-, Erziehungs- und Pflegezeiten auf die Rente oder Pension und möglichen Versorgungslücken nach Scheidung.



PERSONENGRUPPENKONFERENZEN



Martina Filla, langjährige NRW-Kollegin aus dem Geschäftsführenden Bundesfrauenvorstand, wurde von Elke Gündner-Ede (r.), für Frauenpolitik zuständiges Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes, sowie Wilma Wängig (l.) und Christiane Kern (2.v.l.) verabschiedet.



In einem Workshop versorgten die Delegierten den Geschäftsführenden Bundesfrauenvorstand mit ihren Ideen zur Digitalisierung.



DGB-Vize Elke Hannack fordert, die Frauen aus der Teilzeitfalle zu befreien.



Gedenken an die Ende 2017 im Alter von 50 Jahren verstorbene ehemalige GdP-Bundesfrauenvorsitzende Dagmar Hoelzl.



Digitalisierung: Referent Welf Schroeter forderte die Gewerkschafterinnen auf, autonome Software-Systeme nicht einfach machen zu lassen.

Fotos (7): GdP/Hagen Immel



Die digitale Welt braucht Regeln wie im Straßenverkehr, betonte Referentin Sabrina Kunz.





Auch die in der GdP organisierten Ruhestandsbeamten und verrenteten Tarifbeschäftigten widmeten sich auf ihrer 8. GdP-Bundesseniorenkonferenz im März in einem Schwerpunktantrag der Digitalisierung des Alltags. Die 107 Delegierten aus den Landesbezirken und Bezirken lenkten ihren Fokus jedoch eher auf den Aspekt einer womöglich bereits voranschreitenden Ausgrenzung lebensälterer Menschen aus der virtuellen Welt. Sie mahnten die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern, Seniorinnen und Senioren entsprechende Angebote zum Erlangen von digitaler Kompetenz vorzuhalten beziehungsweise aufzulegen.

Mehr Sensibilität gegenüber älteren Menschen

„Dazu gehört die Entwicklung von leicht nutzbarer Hard- und Software genauso wie intensive Bemühungen, die Nutzer-Hemmschwelle weniger computeraffiner Älterer zu senken“, sagte der GdP-Bundesseniorenvorsitzende Winfried Wahlig. Auch solle durch veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen Senioren die Angst vor Computerkriminalität genommen werden.

Wahlig betonte: „Wir erwarten von der Industrie eine gewisse Sensibilität gegenüber älteren Menschen. Da müsste mehr Hard- wie Software entwickelt werden, die den motorischen und kognitiven Fähigkeiten von Senioren angepasst ist.“ Tatsache sei, dass eine erhebliche Zahl von Senioren nicht bereit sei, diese Entwicklung mitzugehen. „Auch für diese Menschen müssen künftig ausreichend analoge Möglichkeiten bereitstehen, um eine Abkoppelung vom digitalen Schnellzug auszuschließen“, forderte der GdP-Seniorenchef. Er kündigte an, dass die GdP-Seniorengruppe den digitalen Wandel mit wachen Augen beobachten werde. „Wir sehen unsere gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Verantwortung eben auch darin, aufzupassen, dass ältere Menschen in unserer Gesellschaft von digitalen Entwicklungen nicht abgekoppelt werden.“

Kritik an Redaktionen der öffentlichen TV-Sender

Mit Kritik an den großen Fernsehsendern sparten die erfahrenen Gewerkschafter ebenso nicht. So führe die zunehmende Digitalisierung der Medienlandschaft dazu, dass wesentliche politische, kulturelle und gesellschaftliche Themenkomplexe beispielsweise in den sogenannten Hauptprogrammen von ARD und ZDF häufig nur noch als Stichworte aufgelistet würden. Zusätzliche Informationen würden nur auf den jeweiligen Internetangeboten bereitgestellt.

Wahlig erklärte: „Kluge Rahmenbedingungen und die gezielte Förderung von Senioren verbessern die digitalen Potenziale der Älteren. Nach aktuellen

Personengruppe hervor: „Die Seniorinnen und Senioren sind ein fester Bestandteil unserer Gewerkschaftsarbeit. Bei vielen gewerkschaftlichen Aktionen sind sie eine unverzichtbare Unterstützung, sei es bei Demonstrationen oder auch bei der Einsatzkräftebetreuung in Großlagen, wie zuletzt beim G20-Gipfel in Hamburg. Unsere im Dienst befindlichen Kolleginnen und Kollegen können jederzeit nicht nur mit dem Rat, sondern auch der Tat der Seniorinnen und Senioren rechnen.“ Die GdP habe früh erkannt, dass mit dem Eintritt in den Ruhestand beziehungsweise in die Rente die Verbundenheit zum Polizeiberuf nicht ende und die Mitglieder weiterhin betreut werden möchten. Hieraus habe sich die sehr gute GdP-Seniorenarbeit



Gratulation an den neuen Geschäftsführenden GdP-Bundesseniorenvorstand: (v.l.) Jörg Radek, für Senioren zuständiges Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes, Horst Müller (Rheinland-Pfalz), die Brandenburgerin Sigrid Graedtker, Ewald Gerke (Hessen), der neue und alte GdP-Seniorenchef Winfried Wahlig, der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow und H. Werner Fischer (Baden-Württemberg). Foto: GdP/Hagen Immel

Zahlen des Internetanbieterverbandes BITCOM nutzen rund 40 Prozent der Senioren Computer oder Smartphone, besitzen entsprechende Grundkenntnisse und nutzen das Internet. Die Mehrheit jedoch nicht.“

Senioren sind „unverzichtbare Unterstützung“

Zu Beginn des zweitägigen Delegiertentreffens hob der GdP-Bundesseniorenvorsitzende die wichtige Rolle „seiner“ im GdP-Jargon sogenannten

entwickelt. „Viele Seniorengruppen in den Einzelgewerkschaften innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) beneiden uns für diese hervorragende Seniorenarbeit“, betonte Wahlig.

Der demografische Wandel in der Gesellschaft werde in den kommenden Jahren auch die GdP verändern, zeigte sich der Seniorenchef überzeugt. Das Motto dieser und der letzten Bundesseniorenkonferenz „Erfahrung gestaltet Zukunft“ solle künftig die Seniorenarbeit prägen und zum „Mar-



PERSONENGRUPPENKONFERENZEN



Referent und Polizeiseelsorger Axel Kullik:
„Ob ich alt bin oder nicht, entscheide immer noch ich und niemand sonst.“
Foto: GdP/Hagen Immel

kenzeichen“ werden. Im Fokus der Gewerkschaftsarbeit stehe zwar die Arbeitswelt, aber eben nicht nur.

Aktivposten in der GdP

„Das Hauptthema gewerkschaftlicher Arbeit ist soziale Gerechtigkeit, dies schließt auch ein solidarisches Miteinander der Generationen mit ein. Die Altersgruppen sind voneinander abhängig und müssen miteinander leben. Die Altersvorsorge ist ein gesamtgesellschaftliches Thema, nicht nur eins für die Versorgungs- und Rentenempfänger“, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow in seiner Konferenzrede. Wenn sich die GdP in Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes um eine finanzielle Besserstellung unserer Mitglieder kümmert, Sorge sie sich auch darum, dass Pensionäre und Rentner später mehr Geld in der Tasche hätten.

Treue Mitglieder

„Polizeibesetzte oder Polizeibesetzter, egal ob tariflich beschäftigt oder als Beamte oder Beamter, bleibt man sein Leben lang. Ihr habt Euch dieses Motto zu Herzen genommen und bleibt uns auch im Ruhestand treu, dafür vielen Dank. Nicht nur berufspolitische Themen, sondern alles, was unser modernes Leben und unsere Gesellschaft an Veränderungen und Herausforderungen parat hat, bewegt nicht nur jede Kollegin und jeden Kollegen im aktiven Dienst, sondern auch Euch“, betonte der GdP-Bundeschef. „Wir wissen und schätzen, dass Ihr Zukunft gestalten wollt. Viele Menschen beklagen ja immer, dass früher alles besser war. Aktiv die Gewerkschafts-

arbeit gestalten, um das Leben nicht nur der Seniorinnen und Senioren, aber auch der aktiv Beschäftigten zu verbessern, ist für mich der weitaus bessere Weg, als alles zu beklagen.“

Malchow zeigte sich erfreut, dass so viele Seniorinnen und Senioren weiterhin der GdP treu bleiben. Das zeuge von der hohen Bindungswirkung der GdP-Familie sowie davon, dass die GdP ihre Seniorinnen und Senioren wertschätze und an der Gewerkschaftsarbeit angemessen beteilige. Neben vielerlei anderen und wichtigen Aktivitäten wie dem „Aktivprogramm Senioren (APS)“ seien nicht zuletzt auch die beliebtesten Seniorenfahrten zu nennen, sagte er. Diese seien indes keine reinen Urlaubsfahrten. Ziel sei es, gewerkschaftliche Informationen, Kultur und Landschaftserlebnisse mit Spaß zu verknüpfen. Im September werde die nunmehr 18. Fahrt – diesmal mit dem Ziel Kreta – stattfinden.

Malchow kündigte an, dass sich die GdP auch künftig dafür einsetzen werde, die Rolle der Senioren im Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) stärker zu gewichten. „1,5 Millionen Senioren im DGB brauchen eine angemessene Vertretung. Sie benötigen echte Mitbestimmung, nicht nur Anhörungs- und Beratungsrechte“, bekräftigte er.

Winfried Wahlig mit überwältigender Mehrheit bestätigt

Bevor die Delegierten sich der Antragsdebatte widmeten, hatten sie einen neuen Geschäftsführenden Bundesseniorenvorstand zu wählen. Auf Winfried Wahlig, der sich zur Wiederwahl gestellt hatte, entfielen 93,5 Prozent der abgegebenen Delegiertenstimmen. So wird der Hesse und ehemalige Beamte des Bundeskriminalamtes für weitere vier Jahre die GdP-Seniorengruppe (Bund) anführen. Neu in das Amt des stellvertretenden Bundesseniorenvorsitzenden wurden der Hesse Ewald Gerke und Horst Müller (Rheinland-Pfalz) gewählt. Bestätigt wurden Sigrid Graedtker aus Brandenburg als Schriftführerin sowie der Baden-Württemberger H. Werner Fischer als ihr Stellvertreter.

„Wir Älteren werden immer mehr. Umso wichtiger ist es, sich für diese Gesellschaftsgruppe engagiert ins Zeug zu legen“, betonte Wahlig, der sich in einer kurzen Ansprache für



COP® SPECIALS
Mai / Juni 2018

**Gültig vom 20.04. bis 30.06.2018

MIT SHOPS IN
BERLIN · LEIPZIG
MÜNCHEN · WIEN

COP®



1 Reebok® Einsatzschuh Work N Cushion 3.0

Art.-Nr: RBBS95245-Größe (Herren)
Art.-Nr: RBBS95275-Größe (Damen)
Größen Damen: 5,5 - 11 (EU 35,5 - 42,5)
Größen Herren: Größen: 6,5 - 13 (EU 38 - 47)
Farbe: schwarz
Material: Leder- und Synthetik-Obermaterial atmungsaktives Mesh-Futter



AKTIONSPREIS**
€ 45,90
statt 54,99*

2 Handschuh COP® SGKXN TS

Art.-Nr: 3205GXNTS-Größe
Größen: XXS - 3XL; Farbe: schwarz
Außenmaterial: 55% Ziegenleder, 25% Elasthan, 20% Polyamid
Innenmaterial: 100% Polyäthylene



AKTIONSPREIS**
€ 49,90
statt 65,99***

EN 388 Abriebfestigkeit: Kategorie 3
Schnittfestigkeit: Kategorie 5
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 4
3 3 4 Durchstichfestigkeit: Kategorie 4



3 Under Armour® Tactical Stiefel Valsetz RTS

Art.-Nr: UA1250234-Größe (schwarz)
Art.-Nr: UA1250234B-Größe (beige)
Größen: Siehe Webshop
Farbe: schwarz oder beige
Under Armour Stretch Material, für weniger Gewicht und Masse. Mesh Material sorgt für mehr Ventilation. Dieses Material ist nicht wasserdicht.

AKTIONSPREIS**
€ 109,90
statt 119,99*

4 CANNAE L Rucksack

Art.-Nr: CANLEGM-S
Größe: 60 x 30 x 15 cm
Volumen: 21 Liter
Material:
500D Cordura® Nylon
Farbe: schwarz



AKTIONSPREIS**
€ 99,90
statt 139,99*



5 CANNAE Combat Softshell Jacke

Art.-Nr: CANCPGAPOTSJ-Größe (schwarz)
Art.-Nr: CANCPGAPOTSJSA-Größe (sage)
Farbe: schwarz und sage
Material: Softshell 95% Polyester, 5% Elasthan
Innenfutter 100% Polyester
Größen: S - 2XL

AKTIONSPREIS**
€ 99,90
statt 129,99*

6 SAFARILAND® 577 GLS™ PRO-FIT™ 7TS Gürtelholster

Art.-Nr: SL577
Mit der patentierten GLS™-Sicherung (Grip Locking System).
Ein Holster mit universeller Passform für eine Vielzahl von Pistolen.
Mehr Infos siehe Webshop.



AKTIONSPREIS**
€ 59,90
statt 65,99*



7 Under Armour® Herren T-Shirt HeatGear®

Art.-Nr: UA12574685-Größe
Farbe: schwarz/blau
Größen: S - 2XL
Material: 84% Nylon, 16% Elasthan

AKTIONSPREIS**
€ 19,90
statt 39,99*

* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. *** ehemaliger Verkäuferpreis
** Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. April bis 30. Juni 2018

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

www.cop-shop.de



GdP-Chef Oliver Malchow mit vier Generationen von GdP-Bundesseniorenvorsitzenden: (v.l.) Anton Wiemers, Artur Jung, Heinz Blatt und Winfried Wahlig. Fotos (2): GdP/Hagen Immel

das ihm entgegengebrachte Vertrauen bedankte. Der 71-Jährige fügte hinzu, das gelte insbesondere für ehemalige Polizeibeschäftigte, die auch nach dem aktiven Dienst nur selten den Bezug zur Polizei verlören.

Heiße Debatte um Rolle der Senioren im DGB

Nach Applaus und gut gelaunten Kommentaren in Richtung des neuen Senioren-Führungsquintetts folgte die von den Delegierten offenbar sehnsüchtig erwartete Podiumsdiskussion zur Rolle der Senioren im DGB. Die von Moderator Christoph Tiegel geführte Runde mit Dr. Regina Görner, Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO), Annelie Buntenbach, Mitglied des DGB-Bundesvorstandes, und GdP-Vize Jörg Radek, für Senioren zuständiges Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes, sollte tatsächlich rege Beteiligung finden.

Buntenbach verwies darauf, dass zwar sich alle Gewerkschaften zur aktiven Seniorenarbeit bekannten, jedoch nicht überall Personengruppen, explizit für Senioren, existierten. Strukturfragen waren für BAGSO-Vorstand Görner „weniger von Gewicht als die Frage, wie die Ressourcen, die Senioren aufgrund ihrer Erfahrung darstellen, besser genutzt werden können“. Entscheidend sei auch, dass alles, worüber diskutiert werde, auch mit denen kommuniziert werden müsse, die davon betroffen seien, betonte die ehemalige saarländische Ministerin für Frauen,

Arbeit, Gesundheit und Soziales im Kabinett des heutigen Bundesverfassungsrichters Peter Müller.

Die institutionelle Verankerung der Seniorenarbeit in der Organisationsstruktur, wie sie für Senioren in der GdP existiere, sollte, so führte Jörg Radek die Positionen seiner Vorrednerinnen zueinander, auch ernstzunehmender Anstoß für andere Gewerkschaften und natürlich auch für die Dachorganisation des DGB sein.

Eine spontane „Saalabstimmung“ ergab dann, dass sich die überwie-



Engagierte Podiumsdiskussion (v.l.) Moderator Christoph Tiegel, Dr. Regina Görner, Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO), GdP-Vize Jörg Radek, für Senioren zuständiges Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes, und Annelie Buntenbach, Mitglied des DGB-Bundesvorstandes.

gende Mehrheit für eine Seniorengruppe im DGB ausspreche, wozu auch ein entsprechender Antrag von der GdP wiederholt an den DGB gestellt wurde.

Zahlreiche Anträge beraten

Nach kurzer Stärkung hieß es dann aber ran an die eigentliche Delegiertenarbeit: Zahlreiche Anträge aus den

Bereichen Haushalt und Finanzen, Beamten-, Besoldungs- und Versorgungsrecht, Dienstlich und Soziales sowie Gesellschaftspolitik standen zur Beratung an. Nach teils intensiven Debatten wandten sich die Delegierten beispielsweise gegen steigende Zuzahlungen bei Medikamenten. Moniert wurde, dass in den vergangenen Jahren die Summe, die Patienten für Arzneimittel aus eigener Tasche bezahlen müssen, gewaltig gestiegen sei, während die Zahl der zuzahlungsfreien Medikamente um die Hälfte reduziert worden war.

Richtiges Bewusstsein im Umgang mit Medikamenten fehlt

Ebenso forderten die GdP-Seniorinnen und Senioren einen Stopp der Werbung für rezeptfreie Arzneimittel und Nahrungsergänzungsmittel in der öffentlich-rechtlichen und privaten Medienlandschaft. Die Werbespots stellten positive Effekte dar, überspielten aber mögliche gefährliche Neben- und Wechselwirkungen. Der Verweis auf die „Nachfrage bei Arzt oder Apotheker“ sei, so die Delegierten, nicht ausreichend. Eine Risiken-Aufklärung bei Medikamentenbestellungen über Internetapotheken unterbleibe komplett. Schwere gesundheitliche Schäden bis hin zu Nierenversagen und Tod könnten bei unkontrollierter Ein-

nahme die Folge sein. Gerade jungen Erwachsenen, jedoch auch oft Älteren, fehle das richtige Bewusstsein im Umgang mit Medikamenten.

Verzicht auf das Auto?

Auch das Verkehrsgeschehen nahmen die Seniorinnen und Senioren kritisch unter die Lupe. So sollen Fahrten



im öffentlichen Personennahverkehr nach Auffassung der GdP-Delegierten für Rentner und Versorgungsempfänger künftig kostenlos oder zumindest erheblich preisreduziert werden. Vermutet werde, dass viele ältere Menschen dann freiwillig auf Fahrten mit dem eigenen Kfz verzichteten. Pflichtuntersuchungen und Pflichttestfahrten für ältere Kraftfahrer lehnten die Delegierten jedoch einmütig ab.

Im Alter am Ball bleiben

Wer sich sein Alter vor Augen halte, der fühle sich nicht selten deutlich jünger als sie oder er an Jahresringen tatsächlich aufweise. Vor allem andere gleichaltrige Menschen erschienen vor dem Hintergrund der Selbstreflexion oft bedeutend reifer – mindestens in Jahren gemessen. Der Oldenburger Polizeiseelsorger Axel Kullik brachte dann mit seinen biophysischen, psychologischen und philosophischen Ansichten am zweiten und letzten Tag der GdP-Bundesseniorenkonferenz noch einmal richtig Schwung in den Saal. Auch er fühle sich mit Mitte 50 manchmal richtig alt, gab er unumwunden zu. Etwa wenn er seine Lesebrille vergessen hätte und dann die Aufschriften auf den Packungen im Supermarkt nicht lesen könne. Trotzdem sagt er selbstbewusst: „Ob ich alt bin oder nicht, entscheide immer noch ich und niemand sonst.“

Sich neue Aufgaben suchen

Jeder habe Bilder des Altwerdens in petto. Die müsse man prüfen, gegebenenfalls auch verändern. Entscheidend sei, sich nur mit dem zu beschäftigen, was man wolle. „Zu wem werden Sie, wenn Sie an Ihr Alter denken?“, fragte Kullik die Delegierten. „Wir konstruieren doch unsere Wirklichkeit“, sagte er und verwies auf die sogenannten Priming-Experimente des US-amerikanischen Psychologen John Bargh, der den „Florida-Effekt“ entdeckte. Nachdem Probanden sich intensiv mit Wörtern beschäftigt hatten, die mit „Altsein“ verbunden waren, liefen sie signifikant langsamer.

Jede Empfindung, so der 55-Jährige, habe auch eine körperliche Entsprechung. Gehirnzellen, die immer zeitgleich aktiviert würden – zum Beispiel wenn das „Altsein“ immer mit dem „Kranksein“ verbunden würde – vernetzten sich auf Dauer und würden ungewollt gemeinsam aktiviert. „Also immer, wenn ein Stichwort zum Alter

fällt, ploppt die Erinnerung an eine Krankheit auf.“ Um nicht in diese Falle zu tappen, riet der Theologe, Menschen und Orte aufzusuchen, die „das darstellen, was Sie haben oder werden wollen“.

Zudem sei es von großer Bedeutung, im Alter am Ball zu bleiben. „Im Ruhestand werden wir nicht mehr täglich und automatisch vor neue Aufgaben gestellt“, betonte der Referent. Nicht genutzte Gehirnstrukturen würden abgebaut. Es gelte schlicht: „Nutze es oder verliere es.“ So sei sein Hinweis bitte ernst zu nehmen, sich zeitnah neue Aufgaben zu suchen, plädierte er an die lebensälteren Kolleginnen und Kollegen.

Das Gehirn ist ein soziales Organ

Lebenslanges Lernen verlängere die Lebenszeit der grauen Zellen und trainiere die Reaktionsfähigkeit des Gehirns. „Damit das passiert, braucht es aber Bedeutsamkeit. Die Dinge sollten einen begeistern, fesseln, Ihnen Freude machen. Dann werden Ihre Gehirnzellen neu und stärker vernetzt.“ Ein „Muss“ bewirke jedoch das Gegenteil, mahnte Kullik, der verriet, dass ihn seine Frau vor die Tür setzen würde, wenn „Du alter Knacker“ ein Brillenband für die optische Lesehilfe anschaffe.

Mit einem gängigen Vorurteil über vermeintlich effektives Gehirntraining räumte der Ostfrieser rustikal auf. Denn, wer sich hauptsächlich mit Sudoku oder Kreuzworträtseln beschäftige, konditioniere das Gehirn dezidiert auf derlei Aufgaben. Am liebsten, so der Eindruck im Forum, hätte Kullik alle Delegierten sofort in die weite Welt geschickt. „Erfüllen Sie sich einen Wunsch, eine Sehnsucht, die Sie immer schon umgetrieben hat. Lernen Sie Neues. Ob Sie das können, entscheiden Sie und niemand sonst!“, warb er vehement.

Das gelänge nur, wenn man nicht nur still sitze, betonte der Polizeiseel-

sorger. Noch wisse die Wissenschaft zwar nicht genau, warum es so sei, aber: Bewegung führe offenbar dazu, dass der seltene Prozess der Neubildung von Gehirnzellen einsetze. Vermutet werde ein evolutionärer Zusammenhang. Kullik erläuterte: „Wenn unsere Vorfahren größere Strecken zurücklegten, war die Wahrscheinlichkeit, sich auf ganz



GdP-Vize Jörg Radek verabschiedet Kollegen aus dem Bundesseniorenvorstand: (v.l.) Klaus-Peter Leiste, Artur Jung, Rainer Blatt, Frank Poster und Michael Reinke. Foto: GdP/Hagen Immel

neue Situationen einstellen zu müssen, größer. Dafür benötigt das Gehirn ausreichende Kapazitäten.“ Schließlich sei das Gehirn ein soziales Organ. Es könne sich nur im Austausch mit anderen Menschen entwickeln. „Wenn Sie sich etwas wirklich Gutes tun möchten, dann umgeben Sie sich mit Kindern. Nicht um sie darüber zu belehren, dass früher alles besser war, sondern um mit ihnen Probleme zu lösen – Lebensprobleme.“ Das sei eine Win-win-Lösung. Man bekomme durch die Kinder Anreize fürs Denken und Lernen. „Und die Kinder lernen durch Sie – hoffentlich –, dass es womöglich interessantere Dinge zu entdecken gebe als das Fernsehen, Spielekonsolen und Smartphones.“

„Nutzt Eure Potenziale!“

Kullik appellierte eindringlich an die GdP-Senioren, ihre Potenziale zu nutzen. Gerade auch für die künftigen Generationen. „Wenn Sie ein System an einer einzigen Stelle verändern, verändern Sie das ganze System. Fangen Sie an: jetzt, hier, und wenn es nur an einer kleinen Stelle ist. Sie verändern damit Ihr Leben. Das ist nicht leicht, aber auch nicht unmöglich“, sagte er. Es gehe jetzt auch nicht mehr um die Frage, ob man alt sei oder nicht, denn das „entscheiden immer noch Sie und niemand sonst!“



PERSONENGRUPPENKONFERENZEN



Verhandlungsleitung mit ruhiger Hand: (v.l.) Matthias Pusch, Renate Zandel und Volker Zeidler. Und weiter im Bild, Hermann Reissig (Bundessenorenvorstand).

Fotos (6): GdP/Hagen Immel



GdP-Bundessenorenvorsitzender Winfried Wahlig kündigte an: „Wir beobachten den digitalen Wandel mit wachen Augen.“



Aktuelle politische Kommentare am Rande der Seniorenkonferenz.



Rege Debatte um stärker gewichtete Seniorenarbeit.



„Die Seniorenarbeit in unserer GdP ist ein Aktivposten“, betonte der GdP-Bundsvorsitzende Oliver Malchow.





„Wer, wenn nicht wir!“

Der Hamburger Polizeibeamte Niels Sahling ist der neue GdP-Bundesjugendvorsitzende. Der 28-jährige Schutzpolizist, der zurzeit die Ausbildung für den gehobenen Polizeidienst absolviert, setzte sich bei der 15. GdP-Bundesjugendkonferenz im April in Potsdam im Wettbewerb um die meisten Delegiertenstimmen mit 55 zu 47 gegen den Hessen Christoph Möhring durch. In weiteren Wahldurchgängen komplettierten die bundesweit in die brandenburgische Landeshauptstadt angereisten jungen Gewerkschafter den neuen Geschäftsführenden Bundesjugendvorstand: Der Bremer Ramin Kalali Emghani, bislang stellvertretender Kassierer, und Michael Flis (Rheinland-Pfalz), bisher stellvertretender Schriftführer, wurden in das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Neu im Geschäftsführenden Bundesjugendvorstand und

ebenfalls Vize sind Anna Maria Raschke (Hessen) und der Bundespolizist Martin Friese.

Das Amt des Kassierers übernahm der Niedersachse Felix Rößger, ihn unterstützt Maria Arndt aus Mecklenburg-Vorpommern als Stellvertreterin. Christian Ehringfeld (Bundeskriminalamt) erhielt das Delegierten-Vertrauen für das Amt des Schriftführers. Sein Stellvertreter ist der Nordrhein-Westfale Christian Emmerich. Alle vier bekleiden erstmals ein Amt im Geschäftsführenden GdP-Bundesjugendvorstand.

Komolka appelliert an Verantwortungsbewusstsein der Jungen

Zuvor hatte sich der scheidende GdP-Bundesjugendvorsitzende, Kevin Komolka, mit eindringlichen Worten an die 104 Delegierten gewandt. „Die Polizeien des Bundes und der Länder gehen derzeit glücklicher- und notwendigerweise endlich wieder den Weg nach vorne und stellen vermehrt Nachwuchs ein. Doch auch wenn der Polizeiberuf in vielen Umfragen einer der beliebtesten bei jungen Menschen ist, so ist die Ressource Mensch irgendwann erschöpft und man muss sich kritisch die Frage stellen, ob ausschließlich Masse die Polizei stärkt oder ob auch eine gewisse Qualität vorhanden sein muss“, betonte Komolka. „Wer, wenn nicht wir!“ seien gefragt, dass die Zugangsvoraussetzungen in den Polizeiberuf auf einem hohen Niveau gehalten werden. Es wäre falsch, so der ehemalige GdP-Ju-

gendchef, nur um Zahlen zu erfüllen, unbedacht Kriterien abzusenken. Er bekräftigte die Mahnung der JUNGEN GRUPPE (GdP), bundeseinheitliche Mindeststandards für Bewerberinnen und Bewerber sowie einheitliche Auswahlverfahren einzuführen. Kontraproduktiv sei es zudem, wenn sich die Behörden der Länder und des Bundes noch gegenseitig mit dem Werben für und mit ihren eigenen Polizeien, den individuellen Karrierechancen und eventuell besserer Besoldung torpedierten.

Komolka versprach, dass die JUNGE GRUPPE (GdP) auch künftig dafür kämpfen werde, dass „Gewalt uns gegenüber nicht toleriert oder sogar als normal betrachtet wird“. Und zwar weder von denjenigen, „die uns Gewalt antun, noch von politisch Verantwortlichen oder der Justiz, die eigentlich hinter uns stehen und uns den Rücken stärken sollten, und schon gar nicht von denjenigen, die über einen friedlichen Verlauf einer Veranstaltung berichten, wenn ‚nur‘ zwei Beamte verletzt wurden“.

Der Niedersachse appellierte an die Delegierten, sich weiterhin mit der Geschichte des eigenen Berufsstandes auseinanderzusetzen. Wenn es eine Lehre aus der NS-Zeit gebe, dann sei es die, dass Parteien, die wieder völkisch denken und Rassenpolitik machen, in Deutschland niemals mehr eine politische Bedeutung gewinnen dürften! Komolka sagte: „Wir alle hier wissen, dass wir nicht verantwortlich sind für das, was damals geschehen ist, aber ‚Wer, wenn nicht wir!‘ sind dafür verantwortlich, dass es nie wieder geschieht.“ >

Anzeige



Habichtswald-Klinik, Wigandstraße 1, 34131 Kassel-Bad Wilhelmshöhe



Vielfalt ist unsere Einzigartigkeit. Erfahrung unsere Stärke.

Seit über 20 Jahren kombinieren wir aktuelle und bewährte Therapieverfahren der Psychotherapie, der Schulmedizin, des Gesundheitssports und der Naturheilkunde zu einer Ganzheitsmedizin, die zum Ziel hat, Körper, Geist und Seele wieder in eine gesunde Balance zu bringen. So können eigene Fähigkeiten und Ressourcen wiederentdeckt, Selbstheilungskräfte frei entfaltet werden und zur Heilung beitragen.

Weitere Informationen zu unseren Spezialkonzepten z. B. bei Tinnitus, Depression, Burnout oder Angsterkrankungen erhalten Sie unter www.habichtswaldklinik.de oder gebührenfrei* unter 0800 890 11 00.

* aus dem deutschen Festnetz



Jugendorganisation muss eigene Identität haben und unkonventionell sein

GdP-Vize Dietmar Schilff, im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand für die Jugendarbeit verantwortlich, lobte in seiner Rede, dass die JUNGE GRUPPE (GdP) sich in den vergangenen vier Jahren mit brisanten gesellschaftlichen Themen auseinandergesetzt, wichtige Merkmale gesetzt und gute inhaltliche Forderungen auch zur Verbesserung der Polizeiausbildung sowie der Einsatzfähigkeit eingebracht habe. „Damit wurde auch die GdP als Gesamtorganisation gefordert, die aber durch ständigen Austausch und Absprache die Ideen der JUNGEN GRUPPE (GdP) mitgetragen und unterstützt hat“, betonte Schilff.

Der Gewerkschafter, der Chef des GdP-Landesbezirks Niedersachsen ist, berichtete von einem Seminar in Krakau mit dem Besuch des Konzentrationslagers Auschwitz/Birkenau, das ihm in „eindrucksvoller und nachhaltiger Erinnerung“ geblieben sei: Schilff betonte: „Die Auseinanderset-



Der neue Geschäftsführende GdP-Bundesjugendvorstand: (v.l.) Ramin Kalali Emghani (Bremen), Christian Ehringfeld (Bundeskriminalamt), Felix Rößger (Niedersachsen), Anna Maria Raschke (Hessen), Christian Emmerich (Nordrhein-Westfalen), Niels Sahling (Hamburg), Martin Friese (Bundespolizei) und Maria Arndt (Mecklenburg-Vorpommern). Nicht auf dem Bild: Michael Flis (Rheinland-Pfalz).

zung mit der deutschen Geschichte ist auch eine Beschäftigung mit den damaligen Sicherheitskräften, somit auch mit der Polizei. Dieses Beschäftigen mit der Vergangenheit muss konsequenter Bestandteil der polizeilichen

Ausbildung bleiben. Man muss wissen, woher man kommt, damit die Zukunft gestaltet werden kann und damit man widerstandsfähig bleibt gegenüber negativen Populismus, einfachen Parolen, Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.“ Er betonte, wie wichtig es sei, als Jugendorganisation eine eigene Identität zu haben und „sich auch manchmal unkonventionell mit seinen Forderungen und Gedanken einzubringen“.



GdP-Chef Oliver Malchow beglückwünscht den Bremer Kollegen und JUNGE GRUPPE-Vize Ramin Kalali Emghani zu seinem Wahlergebnis. Fotos (2): GdP/Hagen Immel

Politisches Engagement wirkt in das Gemeinwesen

Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow würdigte in seinen Worten die engagierte Arbeit der JUNGEN GRUPPE (GdP) in Bund und Ländern. „Ihr bringt Euch in jungen Jahren bereits aktiv ein, Ihr seid politisch und engagiert Euch für das Gemeinwesen. All dies trägt dazu bei, dass wir eine bürgernahe Polizei sind und auch bleiben.“

Der große Anteil junger Polizeibeschäftigter in der GdP verdeutliche das Interesse an Gewerkschaftsarbeit. Malchow verwies darauf, dass die GdP die einzige Gewerkschaft im DGB sei, die kontinuierlich wachse. Das sei zwar eine gute Nachricht für die GdP, veranlasse aber zu einem sorgenvollen Blick auf die Entwicklung der Arbeitnehmervertretungen generell. „Beschäftigte brauchen starke Gewerkschaften. Umso wichtiger ist es,



PERSONENGRUPPENKONFERENZEN

dass wir alle demokratischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zusammenstehen.“ Wie wichtig dies sei, verdeutlichte Malchow am Beispiel der Gewalt gegen die Polizei. Jahrelanges Dicke-Bretter-bohren habe letztlich dazu geführt, dass eine wichtige Gesetzesänderung für einen besseren Schutz von Polizistinnen und Polizisten Realität wurde. „Auch Ihr habt mit Eurer Kampagne ‚AUCH MENSCH‘ maßgeblich zu diesem großen Erfolg beigetragen. Ihr habt da nicht locker gelassen und mit uns zusammen viel erreicht. Danke dafür“, sagte er.

Gemeinsam für ein klares Bekenntnis gegen Gewalt

„Ihr seid ein elementarer Bestandteil der Gewerkschaftsjugend und leistet einen wichtigen Bestandteil zu den

nal, die permanente Verbesserung von Ausrüstung und Ausstattung.“ Denn Gewalt sei ein ständiger Begleiter im Berufsalltag von Polizisten. Gewalt und Gewalterfahrungen dürften nicht toleriert oder gar als normal betrachtet werden.

Hausaufgabenpaket an die Politik

Ein wahres Aufgabenpaket haben die Delegierten in Form einer umfangreichen Resolution übermittelt. So forderten sie „sich klar gegen Gewalt gegenüber Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie gegenüber Einsatzkräften der Feuerwehr und der Rettungsdienste zu positionieren“ sowie Ausstattung und Ausrüstung permanent zu modernisieren und zu verbessern. Neben einer nachhaltigen

modelle etabliert werden. „Ziel muss es sein, dass beide Elternteile ihrem Beruf weiter nachgehen und gleichzeitig den Bedürfnissen der Familienmitglieder gerecht werden können, ohne beruflichen Nachteile zu erfahren und Mehrbelastungen für anderen Kolleginnen und Kollegen entstehen zu lassen“, hieß es in dem Positionspapier.

Ein wichtiger und verpflichtender Ausbildungsinhalt soll nach Auffassung der JUNGEN GRUPPE (GdP) die Aufarbeitung der Rolle und Funktion der Polizei im NS-Staat sein. Die Delegierten forderten die Bundesregierung und die Landesregierungen auf, „die politische und zeitgeschichtliche Bildungsarbeit innerhalb der schulischen und beruflichen Bildung zu stärken, neue Bildungsformate anzubieten und die Erinnerungskultur an das Unrecht des Nationalsozialismus weiterzuentwickeln sowie die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und privaten Institutionen zu intensivieren und die bisherigen Erfahrungen in der Präventions- und De-Radikalisierungsarbeit systematisch fortzuentwickeln“.



Großer Applaus für den scheidenden GdP-Bundesjugendvorsitzenden Kevin Komolka.

Im Hintergrund sein Nachfolger Niels Sahling.

Foto: GdP/Hagen Immel

gesellschafts- und gewerkschaftspolitischen Debatten innerhalb der DGB-Jugend“, sagte die DGB-Bundesjugendsekretärin Manuela Conte. „So werden wir auf dem DGB-Bundeskongress im Mai gemeinsam als Jugend für unsere Themen einstehen“, betonte die Gewerkschafterin und fügte hinzu: „Wir fordern beispielsweise ein klares Bekenntnis gegen Gewalt! Gewalt gegenüber Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie gegenüber Einsatzkräften. Wir fordern gute Ausbildung, ausreichend Perso-

personellen Stärkung der Polizei zur künftigen Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit sprachen sich die Delegierten dafür aus, die Zulassungsvoraussetzungen und Auswahlkriterien für Polizei-Bewerberinnen und -Bewerber nicht herabzusetzen sowie diese bundesweit zu vereinheitlichen.

Ebenfalls müssten Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf im öffentlichen Dienst konsequent und schnellstmöglich umgesetzt, die wöchentliche Arbeitszeit verkürzt und familienfreundliche Arbeitszeit-

Bildung und noch einmal Bildung

Das muss dem Direktor der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz, Friedel Durben, Wasser auf die Mühlen gewesen sein. In seinem Vortrag brach er eine Lanze für mehr Bildung in der Polizei. Durben plädierte für eine neue „Bildungsoffensive Polizei 2025“. „Nur eine gut ausgebildete Polizei kann ihre Funktion als Konfliktmanager erfüllen, um öffentliche Sicherheit und gesellschaftlichen Frieden zu schützen“, betonte er in einer seiner Thesen und warb bei den Delegierten um gewerkschaftspolitische Unterstützung. Die Investition in Bildung habe sich für die Polizei bereits gelohnt, sagte er und erklärte: „Bildung war noch nie so wichtig wie heute.“

Engagierter Polit-Talk

Mangelnde Rückendeckung von Politik und Justiz beklagten viele der Delegierten in einem lebhaften „Polit-Talk“ mit Spitzenvertretern der Jugendorganisationen der Parteien. Moderiert wurde die Runde durch den Journalisten Christoph Tiegel. Leicht hatten es Linda Teuteberg, migrati-



onspolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, Stephan Schumann, stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten (Jusos), und Max Lucks, Bundessprecher der Grünen Jugend, nicht. Sie schlugen sich aber tapfer: so urteilten im Nachgang Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Denn: der Politiker-Nachwuchs musste sich von ihren Altersgenossinnen und -genossen viel Kritik anhören.

Aber immerhin hatten sie sich der Diskussion auf dem GdP-Bundesjugendkongress gestellt, andere taten es nicht. So hatte die Jugendorganisation der Partei Die Linke auf eine entsprechende Einladung nicht reagiert, die Union teilte mit, dass sie leider niemanden gefunden hätten, den sie aus dem Jugendbereich zur GdP schicken konnte. Der neue GdP-Bundesjugendvorsitzende Sahling betonte, dass gerade die jungen Kolleginnen und Kollegen insbesondere bei Demonstrationseinsätzen auf Jugendorganisationen von Parteien und Gewerkschaften träfen. Sie vermissten dabei oft eine klare und nicht nur verbale Abgrenzung von jenen, die sie „mit Steinen und Flaschen bewerfen, Polizeiketten durchbrechen und Demonstrationstrecken blockieren“. Die jungen Polizistinnen und Polizisten verspürten ein generelles „Grundmiss-trauen“ gegenüber ihrer Arbeit durch Organisationen und Institutionen.

Zahlreiche Anträge beraten

Rund 70 Anträge hatten den Delegierten zur Beratung vorgelegen. Mit großen Mehrheiten beschlossen die jungen Polizeibeschäftigten unter anderem die Forderung einer finanziellen und sozialen Entlastung ihrer in Ballungsräumen dienstleistenden Kolleginnen und Kollegen. „Wenn von ihnen verlangt wird, in der Nähe des Dienstortes zu wohnen, dann sollten zwangsläufige Mehrbelastungen zumindest gemildert werden“, betonte Sahling. Um im Wettbewerb um gutes Personal mit privaten Unternehmen konkurrieren zu können, seien beispielsweise angemessene Ortszuschläge, ein Kaufkraftausgleich oder die Errichtung einer echten Wohnungsfürsorge für Länder- und Bundesbeschäftigte erforderlich.

Hohe Belastungen bei der Sachbearbeitung von Kinderpornografie-Delikten sollen auf ein Mindestmaß gesenkt werden. Sahling sagte: „Die bei



GdP-Vize Dietmar Schilff: Eigene Identität besitzen und unkonventionell sein.

Fotos (2): GdP/Hagen Immel

der sogenannten Vollausswertung eingesetzten Kolleginnen und Kollegen befinden sich in einer extremen und dauerhaft anhaltenden Belastungssituation. Wir sind davon überzeugt, dass der Einsatz moderner und geeigneter Analysetechnik wirksam helfen kann, diese drastischen Arbeitsbedingungen spürbar zu verbessern.“

Die Kolleginnen und Kollegen forderten weiterhin eine deutliche Stärkung der Präventionsarbeit sowie eine konsequentere Bekämpfung der sogenannten Clankriminalität. „Prävention ist die vornehmste Aufgabe aller Polizeien hierzulande. Es ist höchste Zeit, dass das in Schiefelage geratene Verhältnis von Gefahrenabwehr und Strafverfolgung wieder in eine Balance zu bringen. Damit könnten wir auch dem latenten Vorwurf aus Teilen der Bevölkerung, die Polizei würde Kriminalität nur noch verwalten, endlich wieder wirksam begegnen. Wir sind zudem überzeugt davon, dass spür- und sichtbare Prävention das subjektive Sicherheitsempfinden in der Gesellschaft erheblich verbessert“, sagte Sahling. Auch das individuelle Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, könne verringert werden. Der GdP-Jugendchef fügte hinzu: „Dazu kann jeder selbst etwas beitragen, wenn sie oder er erst einmal wissen, wie das gehen kann. Die zunehmende Selbstbewaffnung mit Tierabwehrsprays oder Schreckschusspistolen führt jedenfalls in die falsche Richtung und kann gefährlich werden.“ Die jungen Gewerkschafter schlugen vor, verstärkt Seminarangebote an Interessierte zu richten, bei denen über Hinweise, Tipps oder Strategien ausführlich informiert werde. Wirksam seien weiterhin öffentliche Warnhinweise, die Menschen auf Gefahren hindeuten oder sie dafür sensibilisieren würden. Zudem sollte von Seiten der

Polizei auch eine intensivere Zusammenarbeit mit anderen Behörden wie den Ämtern für Verbraucherschutz angestrebt werden.

Vor dem Hintergrund des offenbar von kriminellen Großfamilien- und Clanstrukturen ausgehenden zunehmenden Bedrohungs- und Gefahrenpotenzials forderte die JUNGE GRUPPE (GdP) konsequente Strukturermittlungen und neue Konzepte zur Bekämpfung solcher Tätergruppierungen. Eingebunden werden sollten Ämter, Staatsanwaltschaften oder Schulen. „Bisher gibt es keine bundesweit abgestimmte Vorgehensweise gegen die Clans. Daher ist ein mit der Justiz und den Städten wie Kommunen abgestimmtes Strukturermittlungs- und Bekämpfungskonzept, um der



DGB-Bundesjugendsekretärin Manuela Conte: Gemeinsam gegen Gewalt.

Entstehung oder Verfestigung krimineller Strukturen wirksam begegnen zu können, dringend erforderlich“, verdeutlichte Sahling.

Polizeiliche Einsatzfahrzeuge sollen nach dem Willen der Gewerkschafter in „mobile Büros und interaktive Funkstreifenwagen“ umgewandelt werden. Navigationsgeräte, Bordcomputer oder Laptops mit Schnittstellen zu Intranet und Abfragesystemen, Drucker, dienstliche Mobilfunkgeräte und Smartphones, Bordcams und Bodycams, EC-Kartenlesegeräte, Ausweis- und Kennzeichenlesegeräte sollten Standard sein. Weiterhin müsste jede im operativen Dienst eingesetzte Kollegin und jeder Kollegen mit entsprechendem Erste-Hilfe-Material zur Erstversorgung auch von verletzten Kolleginnen und Kollegen ausgestattet werden. So könnten die Kräfte verletzte Personen bis zum Eintreffen von Rettungskräften beispielsweise auch bei Schussverletzungen ohne großen Zeitverzug bereits erstversorgen.

mzo



PERSONENGRUPPENKONFERENZEN



Zahlreiche Anträge wurden beraten und beschlossen.
Fotos (5): GdP/Hagen Immel



Polit-Talk: (v.l.) Linda Teuteberg, migrationspolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, Stephan Schumann, stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten (Jusos), Max Lucks, Bundes-sprecher der Grünen Jugend, und dem GdP-Bundesjugendvorsitzenden Niels Sahling.



Friedel Durben, Direktor der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz: Bildung ist der Schlüssel für eine gute Polizei.



Konzentrierte Atmosphäre bei Diskussionen und Wahlen.



GEWALT IM ÖFFENTLICHEN RAUM



Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie Nr. 23

Von **Detlef Averdiel-Gröner**, **Udo Behrendes**, **Wolfgang Gatzke** und **Daniela Pollich**.

1. Auflage 2017

Umfang: 120 Seiten,

Format: 17 x 24 cm, Broschur

Preis: 14,90 € [D] (Abo: 12,90 € [D])

ISBN: 978-3-8011-0802-1

Die innere Sicherheit in Deutschland scheint in Gefahr. Prügelattacken, Messerstechereien, sexuelle Übergriffe, Amokläufe und Terroranschläge – fast täglich wird über derartige Gewalttaten im öffentlichen Raum berichtet und eine spürbare Verunsicherung, ja Angst vor ebendieser Gewalt ist bei einer Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern zu registrieren.

Die Gewährleistung von Sicherheit vor Gewalt im öffentlichen Raum ist eine Kernfunktion des staatlichen Gewaltmonopols und damit eine Kernaufgabe der Polizei. Die Autoren dieses Buches greifen die sicherheitspolitisch relevanten Fragen dieses Themas auf und analysieren diese in drei Themenkomplexen. Sie bieten damit für Ausbildung, Arbeitsalltag und Führung in der Polizei dezidiert und praxisbezogen wichtige polizeifachliche Orientierung.

- Der erste Teil eröffnet mit einer Analyse und Bewertung der Kriminalitätsstatistiken im Hinblick auf die Entwicklung der Gewaltkriminalität im öffentlichen Raum. Er beleuchtet auch das intensiv diskutierte Thema Gewalt im Zusammenhang mit Zuwanderung und Asyl.
- Auf die Phänomene und Erklärungsansätze von Gewaltdelikten im öffentlichen Raum geht der zweite Teil ein. Die Autoren stellen dar, was Tatgelegenheiten ermöglicht bzw. verhindert, wer Täter und wer Opfer sein kann. Es werden verschiedene Modelle vorgestellt, um Tatorte von Gewalthandlungen zu erklären. Zudem werden Mittel und Methoden der Polizeiarbeit, wie dem Problem begegnet werden kann, präsentiert und exemplarisch erläutert.
- Der dritte Teil beschäftigt sich einleitend mit dem statistischen Material zur Gewalt gegen Polizeibeamte. Weiterhin werden in dem Beitrag Maßnahmen diskutiert, wie Gewalt in der polizeilichen Praxis reduziert werden kann. Dies schließt u.a. die Diskussion um Bodycams und um eine Vertrauens- und Fehlerkultur ein, aber auch Empfehlungen, wie Teams zusammengestellt werden sollten.



DIE AUTOREN

Detlef Averdiel-Gröner, Polizeidirektor. Dozent an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, Verbundabteilung Münster.

Udo Behrendes, Leitender Polizeidirektor a.D.

Wolfgang Gatzke, Direktor d. Landeskriminalamtes NRW a.D.

Dr. Daniela Pollich, Professorin für Polizeiwissenschaften an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, Abteilung Köln.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de



Startschuss für neue GdP-App 2.0

Neue Wege geht die Gewerkschaft der Polizei (GdP) bei ihren App-Angeboten. Die im April auf der 15. GdP-Bundesjugendkonferenz in Potsdam vorgestellte GdP-App 2.0 löst die bisher unter dem Namen „GdP-Tools“ bekannte Anwendung ab. Die sogenannte Grüne App mit den Nachrichten aus dem GdP-Bundesvorstand, den Landesbezirken und Bezirken soll Anfang Mai ebenfalls zum Angebot der GdP-App 2.0 gehören. Damit ist der im Sommer vergangenen Jahres gestartete zweite Anlauf für eine neue App erfolgreich zu Ende geführt worden. Die Zuständigkeit wurde damals zugleich in die Hände des stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden Arnold Plickert und von Bundesgeschäftsführerin Alberdina Körner gelegt. Entwickelt wurde die App 2.0 in enger Zusammenarbeit mit dem Bremer Unternehmen neusta mobile solutions GmbH, das für die Herstellung und den Support zuständig ist.



Startschuss für die neue GdP-App: (v.l.) GdP-Vize Arnold Plickert, GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow, Kai von Salzen (neusta mobile solutions GmbH) und App-AG-Kollege Heiko Müller (NRW). Foto: GdP/Hagen Immel

Die **Version 2.0** enthält beim Start folgende Module:

- Schichtdienstkalender,
- Streifenhelfer,
- Fahrerlaubnisrecht,
- Tatbestandskatalog,
- Gefahrgut,
- NauticDict.

Weitere Module und der Ausbau der

App sind geplant. Als nächstes werden die Module „Kfz-Kennzeichen“ und „News“ (bisherige „Grüne“ App) ergänzt. Je nach Einstellung erfolgt das Update automatisch oder der Nutzer bekommt einen Hinweis, dass ein Update zur Verfügung steht. Wer bisher noch keine App installiert hatte, kann sie sich entweder im Apple-App-Store (für iOS Geräte) oder im Google Play

Store (für Android Geräte) kostenlos herunterladen.

Die neue App im Detail:

Schichtdienstkalender

Frei zu planende Schichtdienstfolgen mit gleichzeitiger Anzeige privater oder dienstlicher Termine. Geeignet zum Versenden an andere Nutzer. Da Schichtdienstpläne der Polizeidienststellen nicht öffentlich sind, sind keine Schichtpläne voreingetragen.

Streifenhelfer

Tatbestandsnummern von Ordnungswidrigkeiten des bundeseinheitlichen Bußgeldkataloges auf einen Blick sowie diverse Kurzübersichten. Nachschlagewerk zum täglichen Gebrauch.

Fahrerlaubnis-Recht

Überarbeitete Version mit einem interaktiven Fahrerlaubnis-Finder.

Tatbestandskatalog

Überarbeitete Version mit verschiedenen Suchfunktionen und Möglichkeit der Einrichtung von Favoriten etc.

Gefahrgut

Überarbeitete Version zu Stoffdaten im Zusammenhang mit der Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße.

NauticDict

Digitales Wörterbuch deutsch/englisch im täglichen Dienst für Beamtinnen und Beamte der Wasserschutzpolizei. **kör**



Foto: Zitelnsko

Anzeige

- Bekleidungen
- Schuhe
- Ausrüstungsgegenstände
- Kopfbedeckungen



Bitte besuchen Sie auch unseren Webshop
www.tkbo.de

- Textildruck / Textilveredlung
- Dienstgradabzeichen
- Abzeichen / Anfertigungen
- Vereinsbedarf

TKBO GMBH • Karl-Friedrich-Straße 24 • 44795 Bochum • Email: info@tkbo.de • Tel.: 0234/9409680



STRAFRECHT FÜR POLIZEIBEAMTE

Von **Holger Nimtz**.

NEU
AUFLAGE

Band 1:

Grundlagen und Delikte gegen die Person

6. Auflage 2018

Umfang: 280 Seiten / **Format:** 16,5 x 24 cm, Broschur

Preis: 19,90 € [D] / **ISBN** 978-3-8011-0805-2

Band 2:

Delikte gegen das Vermögen und gegen
Gemeinschaftswerte

4. Auflage 2016

Umfang: 308 Seiten / **Format:** 16,5 x 24 cm, Broschur

Preis: 19,90 € [D] / **ISBN** 978-3-8011-0783-3

Die vorliegenden Bände erfüllen alle Anforderungen an ein Lehrbuch für die polizeiliche Ausbildung und das polizeiwissenschaftliche Studium in Diplom- und Bachelorstudiengängen:

- Prüfungsschemata und Erläuterungen
- Definitionen
- Beispielfälle
- Übersichten
- Vertiefungshinweisen für Selbststudium, Bachelor- und Thesisarbeiten
- Leitentscheidungen der Gerichte
- Hinweise zu Übungsfällen
- Lernhilfen

Die komplexe Rechtsmaterie ist nach polizeilichen Bedürfnissen aufbereitet, ohne prüfungs- und praxisrelevante Bereiche auszuklammern. Neben einer Themeneinführung beinhaltet der Band 1 Grundsätzliches zur Straftat und Delikte gegen Personen. Der Band 2 behandelt Delikte gegen das Vermögen sowie Delikte gegen Gemeinschaftswerte. Die übersichtliche, gut lesbare Darstellung ermöglicht eine schnelle Einarbeitung in den Lehrstoff und eine effektive Prüfungsvorbereitung. Somit ist das Werk ein idealer Begleiter für Ausbildung, Studium und Praxis.



DER AUTOR

Dr. Holger Nimtz, Leitender Regierungsdirektor. Leiter der Abteilung Köln der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW (FHöV NRW). Dozent für Straf- und Strafprozessrecht sowie Eingriffsrecht an FHöV NRW.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Oder auf Klardeutsch: Mit dem Rücken an der Wand. Dienstverrichtung mit absoluter Mindeststärke ist an der Tagesordnung. Überstundenberge, ständige Sonderdienste, Sondereinsätze, Urlaubsvertretungen sind Fakt. Wie soll da Belastung und Stress vermieden und eine EU-Gesundheitsrichtlinie umgesetzt werden?

Nach 38 Polizeidienstjahren befürchte ich, dass sich junge Leute künftig auf dem Arbeitsmarkt eher anderweitig umsehen und dem Polizeiberuf nur noch wenig Beachtung schenken. In gewissem Maß kann ich das aber auch verstehen.

Markus Knorr, Oberthal/Steinberg

Zu: Interview mit Hermann Lutz, DP 4/18

Zunächst gratuliere ich gern „meinem“ ehemaligen Landes- und Bundesvorsitzenden Hermann Lutz ganz herzlich zum 80. und wünsche ihm Gottes Segen. Die Überschrift „DURCH BETEN VERÄNDERST DU NICHTS“ kann ich allerdings nicht unkommentiert stehen lassen. Ich selbst – und mit mir unzählige Christen – haben die genteilige Erfahrung gemacht: Beten verändert die Welt!

In der Bibel werden wir mehrfach deutlich aufgefordert, mit Gott in Kontakt zu treten. Das ist möglich, weil Gott kein ferner Gott ist, der sich nicht um uns kümmert, sondern schon durch einen einfachen Gedanken erreichbar ist. „Ein einziger dankbarer Gedanke gen Himmel ist das vollkommenste Gebet.“ Diesen Spruch setze ich immer wieder für mich in die Tat um. Gott ist ein liebender Vater, dem das Ergehen seiner Kinder am Herzen liegt. Jesus selbst hat uns beten gelehrt, indem er uns das „Vater unser“ schenkte – für mich übrigens das stärkste Gebet!

Mein persönliches Leben wurde sichtbar durch Gebet verändert. So kann ich von mindestens zwei Krankenheilungen berichten, aber auch von göttlichen Führungen im Privat- und Berufsleben. Gottes Wort sagt in Psalm 37,5: „Überlass dem Herrn die Führung deines Lebens und vertraue ihm, er wird's richtig machen.“ (Übersetzung Neues Leben). Wer das Gebet praktisch erleben will, dem empfehle ich den Besuch der Gruppen- und Impulsabende der Christlichen Polizeivereinigung e.V. (CPV) – www.cpv-online.org.

Gerald J. Wick, Plön

Zu: GdP distanziert sich von Entscheidung des DGB Hessen-Thüringen, DP 3/18

Wie jeder durchschnittliche Bürger hatte und habe ich in meinem Leben selten, aber immer mal wieder Begegnungen mit Polizistinnen und Polizisten. Mal mit einem gewissen Groll im Bauch (zu schnell gefahren und erwischt), mal mit einem tiefen Gefühl der Dankbarkeit (zehn Minuten nach einem Wohnungseinbruch). So ähnlich geht es sicher den meisten Bürgern. Wir freuen uns über ihren Schutz, wir ärgern uns, wenn wir auf Fehlverhalten hingewiesen werden. Noch weniger gern zahlen wir Strafzettel. Aber den meisten ist klar: Der Rechtsstaat heißt Rechtsstaat, weil er unsere Rechte garantiert. Ausführendes Organ sind dabei eben unsere Ordnungskräfte. Das muss mir als Bürger nicht immer gefallen. Aber es ist so. Und es ist gut so.

Als Gewerkschafter kommt für mich noch eine ganz besondere Komponente hinzu: Das Menschenrecht auf freie gewerkschaftliche Betätigung war in der deutschen Vergangenheit nicht immer selbstverständlich, es ist eine ganz wesentliche Errungenschaft unserer freien, demokratischen Gesellschaft. Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung hat gezeigt, dass freie Gewerkschaften nur in einem demokratischen Rechtsstaat existieren können. Und sie hat gezeigt, dass dieser Rechtsstaat sich gegen alle Bestrebungen, ihn auszuhöhlen oder gar abzuschaffen, verteidigen können muss.

Deshalb ist es gut, dass es eine engagierte Gewerkschaft der Polizistinnen und Polizisten gibt. Und es ist gut, dass sie als Einzelgewerkschaft Mitglied im Deutschen Gewerkschaftsbund ist.

Doch Polizistinnen und Polizisten schützen nicht nur den Rechtsstaat, sondern auch die Bürger. Der Dienst am Bürger ist eine der vornehmsten Aufgaben unserer Kolleginnen und Kollegen in der Gewerkschaft der Polizei. Dies haben Sie gemeinsam mit Erziehern, Krankenpflegern, Feuerwehrleuten, Lehren und Mitarbeitern der öffentlichen Verwaltungen.

Sie alle haben unseren besonderen Respekt verdient und in Ausübung Ihres Amtes auch unseren besonderen Schutz. Sie haben es dagegen nicht verdient, in Ausübung ihres Amtes beschimpft,

bespuckt oder gar körperlich bedroht zu werden.

Unser gemeinsamer Dachverband, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), hat sich hier immer wieder klar positioniert. Angesichts der Zunahme von Gewalt und Missachtung gegenüber unseren GdP-Kollegen von Gruppen aus verschiedenen Rändern unserer Gesellschaft sollte diese Positionierung in Zukunft noch deutlicher erfolgen.

Polizistinnen und Polizisten sind Arbeitnehmer. Sie gehören in den DGB. Sie sind aber auch Arbeitnehmer mit besonderen Aufgaben und Anspruch auf besonderen Respekt. Die IG BCE als Partnergewerkschaft im DGB verurteilt entscheiden alle Aktivitäten und Äußerungen, die unseren Kolleginnen und Kollegen der Polizeigewerkschaft diesen Respekt versagen. Wir verurteilen ebenso entschieden jeden Versuch von Gruppen unterschiedlicher extremistischer Ausrichtung, unter dem Dach des DGB oder gar unter Nutzung dessen Ressourcen verbale oder gar körperliche Angriffe gegen unsere Kollegen zu realisieren. Das widerspricht dem Anspruch und der Satzung sowohl des Deutschen Gewerkschaftsbundes als auch jeder seiner Einzelgewerkschaften.

Mit dem Schutz unseres Rechtsstaates schützen Polizistinnen und Polizisten auch die Grundlagen für eine freie und unabhängige gewerkschaftliche Tätigkeit. Das wissen wir, das schätzen wir, und dafür sagen wir. Danke!

**Volker Weber, Landesbezirksleiter
Hessen-Thüringen der IG Bergbau,
Chemie, Energie**

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-pressestelle@gdp.de**



forum kriminal- prävention



www.forum-kriminalpraevention.de

Zeitschrift der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention



Buchtipps
Neues aus der Wissenschaft
Gewalt an Schulen
Jugenddelinquenz
Erziehung und Pädagogik
Kommunale Prävention
Einbruchsprävention
Sicherheitstechnik
Prävention in Europa
Evaluation

Aktuelle Präventionsthemen für Sie beleuchtet –
forum kriminalprävention für nur

19,-€
jährlich,
zzgl. Versandkosten

Bitte senden Sie mir die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ zum Jahresabonnementspreis von 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten zu. Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr



Bestellen
Sie heute
Ihr Abonnement
**forum kriminal-
prävention** um besser

informiert zu sein.
Als Dankeschön für Ihre
Bestellung erhalten Sie diese
LED-Lampe für Ihren
Schlüsselbund, die Sie auf
jeden Fall behalten dürfen.
Weitere Informationen über
die Zeitschrift und die
Stiftung erhalten Sie auf
www.vdpolizei.de
(auch online-Bestellungen)

Name, Vorname

Firma, Abteilung

Straße/Hausnummer

Plz, Ort

Telefon/Telefax

E-Mail

Datum, Ort

1. Unterschrift

Vertrauensgarantie: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen schriftlich beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, Anzeigenverwaltung, Forststr. 3a, 40721 Hilden, widerrufen kann und bestätige dies durch meine zweite Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Datum, Ort

2. Unterschrift



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Forststraße 3a · 40721 Hilden

Telefon 0211 7104-188 · Telefax 0211 7104-4188

www.VDPolizei.de

Die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ erscheint 4 x jährlich (März, Juni, September, Dezember). „forum kriminalprävention“ erscheint beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung und wird von dort als Jahresabonnement bezogen. Das Abonnement bezieht sich auf ein volles Kalender-jahr und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis 30.06. zum Jahresende eine Kündigung erfolgt. Der Abo-Jahres-Preis beträgt 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten. Einzelheftpreis: 5,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten.

Kai Christ als Thüringer GdP-Chef bestätigt

Kai Christ wurde von den Delegierten des 8. Landesdelegiertentages der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Thüringen Ende März in Oberhof mit überwältigender Mehrheit im Amt des Landesvorsitzenden bestätigt. Auch Landesvize Wolfgang Gäbler erhielt erneut das Vertrauen der Thüringer Gewerkschafter. Neu als Stellvertreter sind hingegen Andrea Eckhardt als Verantwortliche für den Tarifbereich und Thomas Müller. Die Kassengeschäfte führt weiterhin Kerstin Henniger und wird dabei von Lutz Bernsdorf unterstützt. Schriftführer bleibt Daniel Braun. Jana Henschel geht in ihre erste Amtszeit als stellvertretende Schriftführerin des Landesbezirks.

Richtung stimmt

Der alte und neue GdP-Chef Christ stellte fest, dass die Einstellungszahlen in Thüringen auch aufgrund des nachdrücklichen Engagements der GdP wieder stiegen und dadurch in zwei bis drei Jahren wieder eine Personalmehrung möglich werden könne. Er verwies jedoch mahndend auf den Personalrückgang bei Verwaltungsbeamten und Tarifbeschäftigten. Christ betonte, dass der Freistaat als Arbeitgeber derzeit nicht sonderlich attraktiv sei. Trotz Facharbeiterabschluss würden Tarifbeschäftigte nur in die E3 eingruppiert. Diese Beschäftigten seien zwar für höherwertige Tätigkeiten qualifiziert, diese könne und dürfe ihnen wegen fehlender Haushaltsmittel jedoch nicht zugewiesen werden. Schichtdienst und Dienst zu ungünstigen Zeiten seien ebenfalls nicht sonderlich anziehend. Er forderte schnelle Veränderungen und verwies auf das Beispiel des Bundes und auch anderer Länder.



Kai Christ (1.) mit seinem Vorstandsteam.

Fotos (2): Edgar Große

56 Anträge berieten und beschlossenen die Delegierten. Schwerpunkte waren die Erhöhung der Attraktivität des Dienstes zu ungünstigen Zeiten und Fragen der Ausrüstung und Ausstattung der Polizei.

Angehörige der Sicherheitsbehörden sind wir alle auch einfache Bürgerinnen und Bürger in diesem Land, die sich zuweilen mit den gesellschaftlichen und politischen Fragen des Alltags kritisch und sorgenvoll beschäftigen und dazu

In der Antragsberatung hatten neben Satzungsfragen die Themen Personalvertretungsrecht, Attraktivität des Schichtdienstes, mobiles Büro, Dienstkleidung und Kleidergeld sowie Arbeitszeitfragen eine große Rolle gespielt. „Vieles muss in den kommenden vier Jahren noch vertieft werden, aber die Richtung stimmt“, resümierte Christ in seinen Schlussworten.

Edgar Große



Engagierte Antragsberatung.

Der Präsident des Thüringer Amtes für Verfassungsschutzes, Stephan J. Kramer, betonte in seiner Festrede die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen Polizei und Nachrichtendiensten, um den aktuellen Gefahren für die Demokratie in Deutschland und in Thüringen wirkungsvoll begegnen zu können. „Jenseits unserer gemeinsamen Aufgabe als

gehört auch die Frage nach der Balance zwischen Freiheit und Sicherheit in einer offenen, demokratischen Gesellschaft“, betonte Kramer. Die Behörden hätten die Verpflichtung, Extremisten und Verfassungsfeinde unter Kontrolle zu halten, um die Rechte verfassungskonformer Bürger zu gewährleisten. „Aber“, fügte er hinzu, „man muss uns unsere Arbeit auch machen lassen!“

Anzeige



THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % % %

Informieren Sie sich! % % % %

Telefon: (02207) 76 77 % %

www.fahrzeugkauf.com



Andreas Grün bleibt hessischer Landesvorsitzender

Premiere zum 26. Delegiertentag der hessischen GdP in Marburg: Erstmals sangen zu Beginn die Delegierten das Steigerlied, ein altes Gewerkschaftslied, und bescherten damit der Veranstaltung einen rundum positiven Start. Der aus Mittelhessen stammende GdP-Vorsitzende Andreas Grün wurde in geheimer Wahl mit überwältigendem Ergebnis als GdP-Landesvorsitzender wiedergewählt. Er bekam 160 von 170 Stimmen und dankte für diesen Vertrauensbeweis.

„Die Zukunft hat begonnen“, sagte Grün in Anlehnung an das Motto des Delegiertentages. Als Stellvertreter wurden Heinz Schiskowsky, Tarifbe-

Bech ausüben und Markus Hüschenbett (Südosthessen) fungiert als sein Vertreter. Als weitere gleichberechtigte Mitglieder wurden Lars Elsebach (Nordhessen) und Harald Zwick (Mittelhessen) gewählt

Als Gäste beim öffentlichen Teil am zweiten Tag begrüßt wurden Innenminister Peter Beuth und Landespolizeivizepräsident Wilfried Schmäing. Sie ließen es sich nicht nehmen, zur größten hessischen Polizeigewerkschaft zu kommen. Ebenso anwesend waren fast alle Präsidenten der hessischen Polizei, GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow, Dietmar Schilff (Niedersachsen), Arnold Plickert (NRW), Jörg Radek

den letzten 4 Jahren konnten 13.000 Kolleginnen und Kollegen unter 30 Jahren dazu gewonnen werden. Auch der Frauenanteil steige stetig, derzeit gäbe es 46.000 Frauen. Innenminister Beuth sprach Malchow auf die Tatsache an, dass er das Thema Nullrunde und Lohndiktat in dessen Rede vermisst habe. Nicht in allen Ländern gäbe es positive Einstellungszahlen. Wie wichtig ein funktionierender Staat sei, habe sich 2015 gezeigt, als es um über eine Million zusätzlicher Menschen gegangen sei.

Die Demokratisierung der Polizei sei über 70 Jahre von der GdP betrieben worden, sagte Malchow. Die Kernaufgabe des Staates sei die innere Sicherheit. Der Staat habe dafür Sorge zu tragen, weil die Bürger es sonst selber machen würden, was nicht akzeptabel sei. Positiv hob er die Schaffung des Paragraf 114 Strafgesetzbuch (StGB) vor, die aus der GdP-Kampagne „AUCH MENSCH“ gewachsen sei. Die GdP stehe für eine Bürgerpolizei. Dem Einsatz von Maschinengewehren und Handgranaten wie in anderen Bundesländern geplant, erteilte er eine Absage, da die Polizei sich von ihrem zivilen Charakter entferne, und dies wiederum sei sehr wichtig für das Vertrauen bei der Bevölkerung. Schnelle Antworten seien keine sinnvollen Lösungen für schlimme Vorgänge.

Grün bedankte sich bei den Teilnehmern für den ausgezeichneten Delegiertentag: „Wir sind die Stimme der Polizei“. Es habe sich gezeigt, dass der Souverän der Delegierten alle vier Jahre die uneingeschränkte basisdemokratische Macht habe, die Gesetze zu bestimmen. Mit dem Versprechen „Wir sind präsent, wo's brennt!“ schloss Grün den Delegiertentag.

Markus Hüschenbett



(v.l.) Markus Hüschenbett, Karsten Bech, Karin Schäfer, Sylvia Schwegel-Otto, Heinz Schiskowsky, Lars Elsebach, Andreas Grün, Harald Zwick, Stefan Ruppel, Jens Mohrherr, Jörg Bruchmüller (GdP Bund), Katrin Kuhl und Lothar Hölzgen (Landeskontrollausschuss). Foto: GdP Hessen

schäftigter beim HLKA, ein erfahrener Tarifvertreter, und Stefan Ruppel aus Nordhessen gewählt. Als Stellvertreterin bestätigt wurde die Personalratsvorsitzende von Frankfurt, Karin Schäfer. Neu als Vize ist Jens Mohrherr, Vorsitzender des Hauptpersonalrats. Er nimmt den Platz von Antonio Pedron ein, der nicht mehr antrat. Erneut Landeskassiererin wurde Sylvia Schwegel-Otto (Bezirksgruppe Frankfurt). Sie hat mit Katrin Kuhl (PTLV) eine versierte Vertreterin. Das Amt des Schriftführers wird der osthessische Bezirksgruppenvorsitzende Karsten

(Bundespolizei), Kai Christ (Thüringen) Ralf Porzel (Saarland), Peter Schall (Bayern), Erik Berger (Sachsen). Der Einladung folgten auch die innenpolitischen Sprecher der Parteien im Hessischen Landtag, die in einer spannenden und unterhaltsamen Diskussionsrunde Stellung zu den Planungen ihrer Partei beziehen mussten – wenige Monate vor der Landtagswahl sicher eine gute Entscheidungshilfe.

GdP-Bundeschef Malchow wünschte dem neuen Vorstand alles Gute, und berichtete von den positiven Entwicklungen im Mitgliederbereich. In



Norbert Cioma neuer Landesvorsitzender der GdP Berlin

Bei Redaktionsschluss

Weißer Rauch aus dem Bunsen-Saal in Adlershof. Die 125 anwesenden Wahlberechtigten des 52. Landesdelegiertentages der GdP Berlin stimmten bei der Frage nach dem künftigen Landesvorsitzenden mehrheitlich für Kriminalhauptkommissar Norbert Cioma. Der 50-Jährige tritt die Nachfolge von Kerstin Philipp an. Die Tarifexpertin und stellvertretende Bundesvorsitzende agierte seit 2014 als GdP-Landeschefin, entschied sich aber bereits vor Monaten dafür, nicht erneut zu kandidieren und das Zepter weiterzureichen.

Neuer Landesvorsitzender will eine solidarische GdP

Der gelernte Betriebsschlosser Cioma begann seine Laufbahn bei der Berliner Polizei im Jahr 1993 und ist nach kurzer Dienstzeit in der Direktion 4 Ende der 90er-Jahre zur Personenfahndung ins LKA gewechselt. Seit 2004 fungiert er im Personalrat des LKA, seit 2012 aus der Freistellung heraus. Unter dem Landesvorsitz von Philipp agierte der Kriminalhauptkommissar von 2014 bis 2016 als Schriftführer im Geschäftsführenden Vorstand (GLBV). Cioma ist seit 1998 GdP-Mitglied, verheiratet und hat Kinder. Der neue Landesvorsitzende wurde wie auch der unterlegene Kontrahent Steve Feldmann bereits vor Jahren, auch durch Philipp selbst, als künftiger Landesvorsitzender ins Spiel gebracht, seine Kandidatur kristallisierte sich aber erst in den letzten Wochen heraus. Cioma will sich nach



(v.l.) Ingo Weichenhayn, Thomas Spaniel, Dieter Großhans, Andrea Hemming, Kerstin Philipp, Norbert Cioma, Stephan Kelm, Beatrice Hsu, Diana Göhringer, Oliver Mertens und Christian Hanisch.

Foto: Jendro

eigenen Angaben für eine solidarische GdP stark machen und dafür alle vorhandenen Kräfte in der GdP bündeln. „Der Dienst von Menschen für Men-

schen muss wieder etwas wert sein. Die Innere Sicherheit ist das Fundament unserer Demokratie, diesen Grundsatz müssen wir wieder hochhalten“, so Cioma.

Neue und alte Gesichter im Landesvorstand

Neben dem neuen Landesvorsitzenden wählten die Delegierten auch einen neuen Geschäftsführenden Vorstand, der sich sowohl aus bereits bekannten als auch neuen Gesichtern zusammensetzt. Philipp bleibt dem Vorstand als erste Stellvertreterin erhalten. Zu den weiteren Stellvertretern wurden Stephan Kelm, Andrea Hemming und Oliver Mertens gewählt. Bei der Wahl des Kassierers fiel die Wahl auf Dieter Großhans, den Posten der Schriftführerin füllt Beatrice Hsu aus. Komplettiert wird der neue Vorstand von den Beisitzern

Thomas Spaniel, Diana Göhringer, Christian Hanisch und Ingo Weichenhayn.

Benjamin Jendro

GEWERKSCHAFTSPOLITIK

Hermann Lutz ist 80 Jahre alt

Von Wolfgang Dicke, GdP-Bundesgeschäftsführer i.R.

Hermann Lutz schon achtzig? Nee, das kann gar nicht sein. Wer unseren Bundesvorsitzenden, von 1986 bis 1998 im Amt, kennt, kann's nicht glauben. Ein Mann mit dieser Vitalität altert einfach nicht. Gut, als ich das letzte Mal mit ihm telefonierte, räumte er ein, dass er inzwischen bestimmte Arbeiten in Haus und Garten Handwerkern überlasse – früher ein Unding. Man muss sich an den Gedanken gewöhnen: Hermann ist achtzig – seit dem 3. April.

CDU-Mitglied. In der Tradition der GdP war das in Ordnung, weil wie gewohnt der Vorsitzende ein SPD-Parteibuch hatte, aber penibel darauf geachtet wurde, dass ein Vertreter-Posten für einen CDU-Mann reserviert war. Dieses Konstrukt erklärt sich aus den Anfängen der Gewerkschaften, und da machte die GdP keine Ausnahme.

Er war als GdP-Vorsitzender ein Überzeugungstäter, der gleich zu Beginn seiner Amtszeit deutliche Zeichen setzte. Im November 1986 kandidierte er auf dem Bun-

deskongress in Mannheim für das Amt des Vorsitzenden, weil Günter Schröder auf eine weitere Kandidatur verzichtet hatte. Lutz war stellvertretender Vorsitzender, zuständig für Tarifpolitik. Und:

Aiso war es eine kleine Sensation, dass erstmals in der Gewerkschaftsgeschichte ein CDU-Mitglied zum Vorsitzenden kandidierte – und gewählt wurde. Wie zu jener Zeit



UNSER KLASSIKER

Ab 01.01.2018 wieder mit PDV 100!*

Inklusive
PDV 100!*

Loseblatt-Ausgabe mit Abonnement

Grundwerkspreis Bund und Land

(5 Ordner): 57,00 €

Grundwerkspreis Bundespolizei

(4 Ordner): 47,00 €.

Grundwerkspreis bei Verpflichtung zum Fortsetzungsbezug der Aktualisierungen (ca. 5 pro Jahr) für 12 Monate ab Kaufdatum. Der Preis der Aktualisierungen richtet sich nach dem Umfang; Umfang der Aktualisierungen abhängig vom Gesetzgeber.

Das **Polizei-Fach-Handbuch** ist die **Loseblatt-Sammlung von Gesetzen, Erlassen, Dienst-anweisungen etc. für die Ausbildung und die tägliche Praxis der Polizei.**

Die Sammlung enthält die Vorschriften des Bundes- und Landesrechts, die für die polizeiliche Ausbildung und Praxis notwendig sind. Zu Rechtsgebieten wie Polizeirecht, Straf- und Strafprozessrecht, Verkehrsrecht finden sich zusätzlich praxisnahe Erläuterungen.

Aktualisierungen halten das Werk auf dem neuesten Rechtsstand. In vielen Bundesländern gehört es zur offiziellen Ausstattung der Dienststellen, bei den Ausbildungsstellen ist es als Unterrichtswerk anerkannt und zu den Prüfungen zugelassen.

*Wichtiger Hinweis:

Polizeidienstvorschrift 100 „Führung und Einsatz der Polizei“ (PDV 100)

Die PDV 100 ist fester Bestandteil des Polizei-Fach-Handbuchs in der Loseblatt-Ausgabe. Diese Vorschrift ist als „Verschlussache – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft und der entsprechende Abschnitt des Polizei-Fach-Handbuchs wird daher an Bezugsberechtigte nur gegen Nachweis gegenüber dem Verlag (Dienstausweis/Kopie oder Dienstsiegel der zuständigen Dienststelle bzw. Behörde) direkt durch den VDP Buchvertrieb ausgeliefert.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

üblich, kamen nach der Wahl Glückwunschtelegramme aus der Politik. So aus der Bayerischen Staatskanzlei, in der unverblümt die Hoffnung ausgedrückt wurde, dass von jetzt an eine mehr CDU-freundliche Politik bei der GdP verfolgt würde. Lutz antwortete umgehend auf dem Kongress: Die Politik der GdP bestimme der Kongress und der Bundesvorstand – sonst niemand.

Einvernehmen ließ er sich von niemandem. Sein Kompass: das Grundgesetz mit seinen Wertentscheidungen. Das vermittelte er auch in seiner dienstlichen Funktion: als Polizeiberrat, später Polizeidirektor, den Studenten an der rheinland-pfälzischen Fachhochschule der Polizei auf dem „Hahn“, neben dem Flughafen.

Lutz war ein Reisender in Sachen GdP. Er suchte bei den schon damals sehr zahlreichen Problemen bei der Polizei das persönliche Gespräch mit den Verantwortlichen der Polizei in Bund und Ländern. Seine verbindliche Art, aber auch seine Überzeugungskraft und sein geradezu legendäres Sitzfleisch waren für so manchen gewerkschaftlichen Erfolg entscheidend. Dass kontroverse Themen nicht allein am Konferenztisch, sondern auch zu später Stunde in einer Hotelbar gelöst werden, ist kein Geheimnis. Lutz war ein Virtuose auf diesem Feld. Es ist eine gute Frage, ob am Ende seine Überzeugungskraft oder die schlichte Erschöpfung seines Kontrahenten, der nur noch ins Bett wollte, den Ausschlag gab.

Wenn alles nicht half, konnte er auch anders: dann gab's öffentliche Aktionen, Demonstrationen und Proteste. Die Zeiten waren nicht einfach: die RAF war noch aktiv mit ihren Mordanschlägen, es gab Massendemonstrationen für die Abrüstung (bei der gleichwohl Steine auf Polizisten flogen) und gegen die Nutzung der Kernenergie sowie jahrelang schlimme Krawalle in Berlin zum 1. Mai (mit hunderten verletzter Kolleginnen und Kollegen).

Ein Thema stand bei ihm ganz oben auf der täglichen To-do-Liste: die Platzierung der GdP in Öffentlichkeit und Medien. Ob morgens um sechs oder um Mitternacht, gab es Interview-Anfragen, war er zur Stelle. Aber er wartete auch nicht, er wurde selbst aktiv. Dafür gab es fast schon ein



Zwei Vorsitzenden-Generationen: Anlässlich der Feier zum 80. Geburtstag des ehemaligen GdP-Bundesvorsitzenden Hermann Lutz (2.v.l.) Mitte April überbrachte Amtsinhaber Oliver Malchow (r.) die ganz herzlichen Glückwünsche des Bundes. Er wünschte dem Jubilar im Beisein von Ehefrau Ingrid Lutz (2.v.r.) weiterhin viel Gesundheit und Schaffenskraft. Mit in der Runde Ernst Scharbach, GdP-Landesvorsitzender von Rheinland-Pfalz (l.).

Foto: GdP Rheinland-Pfalz

Ritual: Lutz war Frühaufsteher (ob aus Leidenschaft oder schlichter Notwendigkeit, das anstehende Tagespensum zu schaffen, ist eine gute Frage), und so gab es den fast täglichen Telefonanruf bei mir auf der Bundesgeschäftsstelle. Da haben wir das aktuelle Geschehen und mögliche Aktivitäten diskutiert: „Da kümmer dich mal um einen Gesprächstermin“, „Bereite schon mal einen deutlichen Brief vor“ oder „Dazu müssen wir etwas sagen, kümmer dich um eine Pressemeldung“. Die Idee dahinter war simpel: auf diese Weise erfuhren GdP-Mitglieder in den Medien von den Aktivitäten ihres Vorsitzenden, sahen sich mit ihren Sichtweisen und Anliegen in der Öffentlichkeit vertreten, andererseits wurde so spürbarer Druck auf die Politik in Bund und Ländern ausgeübt. Nützlicher Nebeneffekt: eine preiswertere Kommunikation mit den Mitgliedern als auf diese Weise über die Medien gab es nicht.

Mit der Wiedervereinigung wurde das Einsatzgebiet erheblich größer – auch die Aufgaben. Das war eine Herkulesaufgabe für Bundesvorstand und Landesbezirke insbesondere längs der überwundenen Grenze, die schon wegen der örtlichen Nähe regelrechte Pionierarbeit in Sachen Gewerkschaftsarbeit leisteten.

Und Lutz widmete sich einer extrem delikaten Aufgabe. Wie konnte man verhindern, dass beim Aufbau der Landesbezirke in den neuen Ländern alte Stasi-Kader nach vorne drängen würden? Die Gauck-Behörde war noch jung, der Ansturm von Anfragen riesig. Entsprechend lang die Antwortzeiten. Die konnte sich die GdP beim Aufbau neuer Landesbezirke nicht leisten. Lutz schaffte es, dass es von der Gauck-Behörde zeitnah die entscheidenden Tipps gab. Dabei ging es ihm um die Betrachtung des Einzelfalls. Dafür hatte der in Erfurt Geborene eine einfache Erklärung: „Was hätte ich denn beim Verbleib in der DDR getan, wenn ich unbedingt hätte Polizist werden wollen?“

Und dann gab es noch ein großes Thema, dem er viel Zeit und Engagement widmete – die Europäische Gemeinschaft respektive die spätere EU. Wichtig waren die Verbreitung der Gewerkschaftsrechte für Polizeibeschäftigte und der Aufbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Polizei und Justiz. Es konnte ja nicht sein, dass nach dem 1. Januar 1993 mit der Schaffung des Europäischen Binnenmarktes es zwar einen freien Verkehr von Personen, Waren und Dienstleistungen gab, die Polizei im



Wesentlichen aber immer noch an den Landesgrenzen ausgebremst war.

Bei den Gewerkschaftsrechten waren es ganz dicke Bretter, die da zu bohren waren. Egal, ob Konservative oder Sozialisten – die jeweils Regierenden fanden es einfach zu verlockend, mit ihrer Polizei nach Belieben und ohne Angst vor lautstarken Protesten umgehen zu können. Das galt auch für das Mutterland der Demokratie, Griechenland. Intensive Gespräche mit Regierung und Opposition in Athen halfen nicht weiter, also gab es eine Polizei-Demo mit Teilnehmern aus vielen europäischen Ländern, alle in ihren Uniformen – und Lutz vorne weg. Ein halbes Jahr später war die griechische Polizeigewerkschaft offiziell anerkannt.

Wer Lutz kennt, verortet ihn landsmannschaftlich weniger in Erfurt als in seiner langjährigen Heimat im rhein-hessischen Gau-Algesheim – eine bekannte Weingegend. So konnte es niemanden überraschen,

als er eines Tages verkündete, er habe jetzt seinen eigenen Weinberg. So etwas fördert die Geselligkeit, für Lutz eine ganz wichtige Größe. Mit Familie oder Freunden zusammensitzen und das Leben genießen, das war (und ist noch) nach seinem Geschmack – jahrelang ein wichtiger Ausgleich für das aufreibende Amt als GdP-Bundesvorsitzender. Wobei er gerne zu vorgerückter Stunde eine Turnübung vorführte: die einbeinige Kniebeuge, das andere Bein nach vorn ausgestreckt, natürlich freihändig. Die übrigen Teilnehmer solch später Runden haben dankend darauf verzichtet, die Übung nachzumachen.

Als Lutz auf dem 21. GdP-Bundeskongress in Bremen, vier Monate nach seiner Pensionierung bei der rheinland-pfälzischen Polizei, den Vorsitz an Norbert Spinrath abgab, lagen fast zwölf Jahre an der Spitze der GdP hinter ihm. Ich war ganz nahe dabei, es war eine arbeitsreiche, aber auch eine aufregende und erfolgreiche Zeit. Danke dafür, Hermann.

„Die Gelbe Hand“ prämiert Engagement für Vielfalt und gegen Rassismus

Siegreich im Jugendwettbewerb „Die Gelbe Hand“ 2017/18 waren die Auszubildenden der Rheinbahn AG Düsseldorf für ihre Idee, 5.000 Schutzhüllen für Fahrkarten mit dem Logo der Gelben Hand bedrucken zu lassen. Überreicht wurde der Preis von Mecklenburg-Vorpommerns Integrationsbeauftragten Dagmar Kaselitz Mitte März im Schweriner Schloss vor rund 100 Gästen aus Politik, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft.

Der jährlich stattfindende Wettbewerb wird vom gewerkschaftlichen Antirassismus-Verein „Mach' meinen Kumpel nicht an!“ ausgerufen. Prämiert wird das kreative Engagement von Auszubildenden, Berufsschülerinnen und -schülern sowie von den Gewerkschaftsjugendlichen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, für Demokratie, Vielfalt und Akzeptanz.

Reise & Erholung

<p>GARDASEE – Ferienhaus mit Traumblick, 4 Personen, Parkplatz, Hund willkommen www.ferienhaus-gardasee-tremosine.de</p>	<p>Franken bei Bamberg, eigene Metzgerei. Waldreiche Gegend, Lift, 75 Betten, Menüwahl, HP 5 Tage ab 188,- €, Gruppenangebote anfordern. Tel. 0 95 35/2 41, www.zur-sonne-urlaub.de</p>
---	--

www. Polizeifeste.de



TOP ANGEBOT
 1x Rafting
 1x Canyoning
 1x Grillen & Foto CD
 Angebot pro Person
 nur € 109,-

RAFTING - CANYONING - KLETTERSTEIG
ACTION & ABENTEUER // Tel. +43 664 2838055
 info@cankick.at // www.cankick.at

Herzlich willkommen zu Ihrem abwechslungsreichen

Action-Urlaub in Haiming / Tirol!

Spezialpreise für Polizeigruppen!

Rafting Imster Schlucht + Canyoning Auerklamm + 2 Übernachtungen mit Frühstück im unserem Haus und einen Grillabend

Preis: € 165,- p. P.

Anmeldungen / Angebote unter:
Outdoor Refugio Otto
Alte Bundessstraße 44
A-6425 Haiming / Tirol
 Tel. 0043 5266 888 65
 Mobil 0043 680 11 68 408
 E-Mail: info@outdoor-refugio.com
 www.outdoor-refugio.com



Action mit wasser-craft in Tirol

Spezial Polizeiangebote:
 Raft- & Canyontour €/Person 123,-
 Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721
 office@rafting-oetztal.at
 www.rafting-oetztal.at



Hintergrund

Der Verein „Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.“ ist die gewerkschaftliche Initiative für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Betrieb und Gesellschaft. Der Verein wurde 1986 von jungen Gewerkschaftern gegründet. Sein Logo ist die abwehrende „Gelbe Hand“, die als Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus bundesweit bekannt ist. Haupttätigkeitsfelder des Vereins sind: Seminare und Fachtagungen für Multiplikatoren der antirassistischen Arbeit, das Monatsmagazin des Kumpelvereins als Sprachrohr gewerkschaftlichen und betrieblichen Engagements gegen Rassismus.





Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Jugendwettbewerbs „Die Gelbe Hand“ 2017/18.

Foto: Mach meinen Kumpel nicht an!

Schirmfrau des diesjährigen Wettbewerbs war die Ministerpräsidentin Mecklenburg-Vorpommerns, Manuela Schwesig, die auf der Veranstaltung die Laudatio für den Sonderpreis Mecklenburg-Vorpommern hielt. Im Projekt „Sportangebot für Geflüchtete“ organisierten Jugendliche aus Rostock ehrenamtlich wöchentlich Fußballtraining für Geflüchtete und Einheimische in einer Rostocker Gemeinschaftsunterkunft. Schwesig lobte das Engagement: „Der Sport hat eine große Kraft, Menschen zusammenzuführen, und bietet die Chance für Integration.“ Sie betonte, in Zeiten des Rechtspopulismus und der digitalen Gewalt sei es wichtig, „gemeinsam Flagge zu zeigen, gegen die, die hetzen und das Land spalten wollen. Es ist gut zu wissen, dass man dabei nicht alleine ist.“ Sie dankte dem Kumpelverein und dem DGB für das langjährige Engagement gegen Diskriminierung in der Arbeitswelt.

Rassismus auch in der Mitte der Gesellschaft

Der Vorsitzende des Kumpelvereins, Giovanni Pollice, war überwältigt von der Kreativität der eingereichten Projekte: „Dieses großartige Engagement ist nicht selbstverständlich.“ Gerade heute sei Rassismus nicht nur

am rechten Rand, sondern in der Mitte vorzufinden. Daher brauche es eine Intensivierung aller Formen der politischen Bildungsarbeit: „Antirassismus muss in Schulen zum Pflichtfach werden. Die oft beschworene wehrhafte Demokratie gilt es in den Herzen und in den Köpfen zu verankern“, sagte er. Vielfalt, Solidarität und Gleichbehandlungen seien Werte der Gelben

Hand. „Menschenverachtenden, rassistischen und demokratiefeindlichen Gesinnungen müssen wir mit aller Kraft entgegentreten. Mehr denn je!“, appellierte Pollice.

Der Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ wird gefördert im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

BUNDESPOLIZEI

Ein Vierteljahrhundert Unterstützungskräfte

Von Andrea Hornung, Direktionsgruppe Mitteldeutschland

25 Jahre ist es her, dass der damalige Bundesgrenzschutz in Tageszeitungen und auf Plakaten in den Grenzregionen zu Polen und Tschechien für die Einstellung von Grenzpolizeilichen Unterstützungskräften (GUK) geworben hat. Gerade in den ostdeutschen Ländern bot sich damit in einer von Arbeitsplatzabbau und immer weiter steigender Arbeitslosigkeit geprägten Zeit die Möglichkeit, eines (erst mal für drei Jahre) sicheren und relativ gut bezahlten Jobs mit der Aussicht auf Übernahme in den Polizeivollzugsdienst.

Rund 1.500 Frauen und Männer mit den unterschiedlichsten beruflichen Biografien wurden für den operativen Bereich eingestellt und erhielten innerhalb von sechs Wochen eine theoretische Ausbildung in Einsatzrecht, Einsatzlehre, Polizeidienstkunde/Kri-

minalistik und öffentlichem Dienstrecht sowie eine vierwöchige praktische Unterweisung in ihren künftigen Dienststellen. Dazu kamen noch circa 200 GUK für den administrativen Bereich (mit unbefristeten Arbeitsverträgen). >



BUNDESPOLIZEI

Neugierig und eigentlich in großer Unkenntnis der auf sie zukommenden Aufgaben trafen die neuen Kolleginnen und Kollegen in ihren Dienststellen ein. Aber auch bei den dort tätigen Polizeivollzugsbeamten (PVB) einschließlich Führungskräften und in der Verwaltung ergaben sich plötzlich viele Fragen. Was sind GUK/BUK (Bundespolizeiliche Unterstützungskraft) überhaupt? Was dürfen sie überhaupt? Was muss beachtet werden?

Wie kam es überhaupt dazu?

In den Grenzschutzämtern Frankfurt/Oder, Pirna, Schwandorf und Rosstock herrschte akuter Mangel an PVB. Der Anstieg illegaler Grenzübertritte an den deutschen Ostgrenzen, aber auch die Umsetzung des Schengener Kontrollabkommens erforderten hohen personellen und materiellen Einsatz. Um die Zeit bis zum Abschluss der Ausbildung neuer PVB zu überbrücken, sollte die Lösung die auf drei Jahre befristete Einstellung von Tarifbeschäftigten im operativen Bereich sein. Gesetzlich möglich sind grundsätzlich nur auf zwei Jahre befristete Arbeitsverträge.

Sie erhielten eine Uniform gleich der in den Bereichen tätigen PVB, jedoch keine Schusswaffe. Die GUK sollten die PVB vorrangig von vollzugsfremden Aufgaben entlasten, vorwiegend

- als Kraftfahrer und Bediener von Funk- und Abfragegeräten Mobilen Grenzüberwachungstrupps (MÜT), in Mobilen Fahndungstrupps (MFT) in Rückführungstrupps (RFT) und in Bootstreifendienst Oder,
- zur Unterstützung der PVB bei der Durchführung der Schub- und Transportaufgaben im Schichtdienst,
- als Kontrollkräfte an Grenzübergängen,
- bei der Vorgangsbearbeitung im Innendienst, der büromäßigen Unterstützung der Bearbeiter im Innendienst und den dort tätigen Ermittlungsbeamten.

Ihre Aufgaben erfüllten und erfüllen sie auch jetzt noch grundsätzlich auf Weisung und unter Aufsicht von Polizeivollzugsbeamten. Die GUK waren und sind keine Hilfspolizeibeamten im Sinne des Paragraf 47 Abs. 2 Gesetz über den Bundesgrenzschutz (BGSG). Eine Polizeizulage wird nicht bezahlt.

Und wie ging es weiter?

Die Arbeitsaufgaben fielen nach drei Jahren – mit Ablauf der befristeten Arbeitsverträge – nicht einfach weg, und es herrschte weiterhin Personal-mangel. Aus diesem Grund setzten sich der GdP-geführte Bezirkspersonalrat (BPR) des Grenzschutzpräsidium (GSP) Ost und der Hauptpersonalrat beim

Bundesministerium des Innern (BMI) für die Umwandlung der Arbeitsverträge in unbefristete ein und konnten dies beim BMI durchsetzen. Dies war ein hartes Stück Arbeit, wie uns die GdP-Vertreter in diesen Gremien oftmals berichteten. Allerdings wurden die Stellen der GUK mit einem „kw-Vermerk“ (künftig wegfallend) versehen, so dass bei Ausscheiden bis heute keine Nachbesetzung erfolgen kann.

Auch danach ging die Geschichte der GUK bewegt weiter. Es folgte das Hinterfragen der Tätigkeitsfelder, Diskussionen über die tarifliche und/oder außertarifliche Eingruppierung, mögliche Bewaffnung, Umwandlung in Polizeivollzugsangestellte und sogar über die Fortbildung der GUK. Leider konnte nicht alles davon mit Erfolg geklärt werden. Aber es gab schrittweise positive Entwicklungen. Einmalig war bereits 1994 die Möglichkeit des sogenannten Seiteneinstiegs mit dem Ziel der Verbeamtung.

Später, zur Zeit des Antiterrorpakets im Zusammenhang mit den Anschlägen am 11. September 2001 und nach langer Verhandlung mit dem BMI, ergab sich die Chance für eine verkürzte Ausbildung zum PVB. Die Initiative ging wieder vom GdP-geführten BPR im GSP Ost aus und die Ausbildung fand für alle betroffenen GUK in der Abteilung Bad Dübren statt. Leider konnten aufgrund der Zulassungsmodalitäten nur wenige BUK diese Mög-

Kapitalmarkt

Beamtendarlehen 10.000 €-120.000 €
 ■ Vorteilszins für den öffentl. Dienst
 ■ Umschuldung: Raten bis 50% senken
 ■ Baufinanzierungen echt günstig
0800-1000 500 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.



Deutschlands günstiger Autokredit
2,77% effektiver Jahreszins
 5.000 € bis 50.000 €
 Laufzeit 48 bis 120 Monate
 Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €

www.Autokredit.center

AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH

E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Tel.: (0621) 178180-0
Info@AK-Finanz.de

www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
 Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldsversicherung.

Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite
 Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.
 Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:
IFS Hans-Joachim Janke
 Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 0231/9 145145

KREDIT bis € 80.000,-
PECUNIA GmbH seit 1980
 ohne Auskunft bis € 15.000 – keine Bearbeitungsgebühr – Laufzeit bis 10 Jahre – auf Wunsch keine Restschuldsicherung – Bis zum 95. Lebensjahr
Tel. 0201/22 1348
 45127 Essen • Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker **Seit 1997**

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
 Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif-☎ **0800-33 10 332**
 Andreas Wendholt • Kapital- & Anlagevermittlung • Prälathöing-Str. 19 • 46325 Borken

www.Polizeifeste.de
Alle Polizeifeste auf einen Blick



JETZT INFORMIEREN!
 Viele Informationen und Tipps auf dem **Präventionsportal** der Gewerkschaft der Polizei

POLIZEI DEIN PARTNER
 Gewerkschaft der Polizei
Das Präventionsportal





Broschüre der GdP-Direktionsgruppe Mitteldeutschland

lichkeiten nutzen. Einige von ihnen haben es jedoch sogar inzwischen bis in die Führungsebenen geschafft.

BUK in vielen Bereichen tätig

Es folgten die Umbenennung des Bundesgrenzschutzes (BGS) in Bundespolizei, der Wegfall der Grenzkontrollen zu Polen und Tschechien und die Neuorganisation der Bundespolizei. Den sich verändernden Aufgaben der Bundespolizei musste sich folgerichtig die Anpassung/Erweiterung der Tätigkeitsfelder der Unterstützungskräfte anschließen. Ausdruck dessen war auch die Umbenennung von GUK zu BUK – (Bundespolizeiliche Unterstützungskraft) im Jahr 2010. Bereits davor waren GUK in den verschiedensten Bereichen eingesetzt und leisteten dort hervorragende Arbeit. Zu erinnern ist unter anderem an die GUK im Innendienst, in den Ermittlungsdiensten, den BAN-Stellen oder in den Stäben der ehemaligen Ämter beziehungsweise der jetzigen Direktionen.

Nunmehr besteht für sie die Möglichkeit, im operativen Bereich nicht nur Streifenfahrten der Grenz- sondern auch der Bahnpolizei zu unterstützen, aber auch den Schutz von Bundesorganen und die Sicherung eigener Einrichtungen.

In den bearbeitungsunterstützenden und logistischen Bereichen sind die Chancen noch vielfältiger. Es gibt inzwischen BUK unter anderem als Führungsassistenten in den Dienstgruppen, bei der Datenerfassung @rtus, beim Polizeilichen Informations-, Kommunikations- und Unterstützungssystem (PIKUS), Bundespolizeiaktennachweis (BAN), zur Unterstützung der Verwaltung und der Sachgebiete Poli-

zeitechnik der Bundespolizeiinspektionen (BPOLien) und in den Stäben der Direktionen, beim Standortservice, in Mobile Kontrollüberwachungseinheiten (MKÜen), in den BPOLien Kriminalitätsbekämpfung.

Die aufgrund des massiv erhöhten Aufkommens im Bereich der Fahrgelddelikte bundesweit ins Leben gerufenen Zentralstellen für die Bearbeitung dieser Vorgänge (ZBFD) und ihre Einrichtung in den Regionen, in denen ausreichend BUK vorhanden sind, führte in den Ermittlungsdiensten zu einer sichtlichen Entlastung und in den Direktionen Berlin, Bad Bramstedt, München und Pirna zu einer sinnvollen Verwendung der BUK.

BUK möglichst heimatnah einsetzen

Auch ein früher nur in Einzelfällen realisierbarer Wechsel der Dienststelle ist heute möglich. Vereinzelt haben BUK davon Gebrauch gemacht und sind jetzt in anderen Direktionen oder im Bundespolizeipräsidium tätig. Dennoch leisten die meisten der heute etwa 800 BUK weiterhin in der Region Dienst, in der sie gemäß der Ausschreibungen von vor 25 Jahren geworben und eingestellt wurden. Verständlicherweise heimatnah, da sie seit Jahrzehnten dort ihren Lebensmittelpunkt haben. Immer mehr von ihnen bewegen sich auf das Rentenalter zu. Die GdP-Vertreter werden sich weiterhin dafür einsetzen, dass BUK möglichst heimatnah sinnvoll eingesetzt werden. Der Bedarf an Unterstützungsleistungen ist immer noch da.

Gerade jetzt, da ein enormer und in der Geschichte der Bundespolizei einmaliger personeller Zuwachs an PVB erfolgt, muss parallel die Verwaltung der Behörde gestärkt werden und eine Entlastung von polizeivollzugsfremden Aufgaben bundesweit in den Inspektionen und Ermittlungsdiensten und erfolgen. Eine sofortige zusätzliche Einstellung von BUK ohne hoheitliche Befugnisse, wie von Vertretern der Deutsche Polizeigewerkschaft seit 2016 gefordert, halten wir jedoch für nicht zielführend. Stattdessen muss es Ziel sein, die bisherigen „kw-Vermerke“ (künftig wegfallend) zu streichen und durch die Anhebung der Haushaltstellen die Grundlage für eine angemessene und anständige Grundeingruppierung (EG 5 beziehungsweise EG 8) zu schaffen. Durch die Nicht-Nach-

besetzung der BUK-Stellen bei deren Ausscheiden verliert die Bundespolizei jedes Jahr mehr Tarifbeschäftigte.

Die GdP fordert, dass dort, wo von BUK keine operativen Tätigkeiten mehr ausgeübt werden, die Stellen in reguläre Verwaltungsfachangestelltenstellen umgewandelt werden. Vakante und neu zu schaffende Verwaltungsstellen müssen auch für BUK (mit einem Anspruch auf Qualifizierung) geöffnet werden.

Zu diesem Gesamtpaket gehört auch der Ausbau des Erfolgskonzepts ZBFD mit einer dringend notwendigen Unterlegung der Planstellen im Haushalt.

In einer durch die Direktionsgruppe Mitteldeutschland zum 20. Jubiläum der GUK/BUK erstellten Broschüre richtete sich der damalige GPR-Vorsitzende, Mitglied des BPOL-HPR, Jürgen Stark in seinem Grußwort an alle BUK: „Wenn die ersten Unterstützungskräfte nur in den Dienststellen an der polnischen und tschechischen Grenze eingestellt wurden, so ist zwischenzeitlich die Erkenntnis gewachsen, dass man sich Eure Tätigkeit bundesweit in allen Bereichen der Bundespolizei vorstellen kann. Ihr wisst selbst, dass Eure Arbeit mehr wert ist als Unterstützung für die Polizistinnen und Polizisten – Ihr seid Teil

„ Die BUKs leisten einen wertvollen Beitrag für den polizeilichen Erfolg. Leider spiegelt sich das nicht in der Wertschätzung bei der Stellenbewertung und Fortbildung wider. “

Jörg Radek,
Vorsitzender GdP-Bezirk Bundespolizei

der Bundespolizei – Ihr seid Kolleginnen und Kollegen, die sich vielfältig engagieren und jeweils ihren Beitrag dazu leisten, dass die Bundespolizei funktionieren kann.“

Die Bundespolizei sollte die in 25 Jahren erlangten Erkenntnisse über die Notwendigkeit und die Möglichkeiten des BUK-Einsatzes bestmöglich nutzen. Die GdP und ihre Mitglieder in den Interessenvertretungen bleiben dran! Versprochen!

Den Worten von Jürgen Stark über die Arbeit der BUK können wir uns auch heute vollumfänglich anschließen. Wo auch immer ihr Euren Dienst verrichtet – Respekt und Danke für Euren Einsatz!



Im Einsatz – im Thema.

POLIZEI PRAXIS

Das erfolgreiche COAST LED 130 Multitool mit exklusiver POLIZEIPRAXIS.de-Gravur auf der 51 mm langen Klinge zum attraktiven Preis von 19,50 Euro zzgl. Versandkosten in Höhe von 4,50 Euro*!



Trotz der sehr geringen Größe begeistert das LED130 mit vielen nützlichen Werkzeugen. Mit 7,6 cm Länge (geschlossen) kann es fast unbemerkt in jeder Tasche aufbewahrt werden. Die Zange bewältigt fast jede Aufgabe und wird durch die eingebaute LED auch in dunklen Bereichen zum idealen Werkzeug.

- LED-Leuchte für dunkle Arbeitsbereiche
- 11 leicht zugängliche Werkzeuge
- Gefederte Zange zur Einhandbedienung



Mit dem Multifunktions Tuch von POLIZEIPRAXIS.DE bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an. Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser erhalten Sie für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten*.

Die Bestellung richten Sie bitte per E-Mail an die Adresse: info@polizeipraxis.de, Sie erhalten anschließend die Bankverbindung für die Vorkasse.

*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.

www.POLIZEIPRAXIS.de

Schichtpläne und Freizeit

Ein halbes Jahr nach der GdP-Auftakt-Veranstaltung zum Thema Arbeitszeitinitiative haben wir Eure Meinung erbeten. Nach der Vorstellung erster Projekte in den Ländern zum Schichtdienst mit interessanten Erfahrungen zu Schichtplänen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf beginnt DEUTSCHE POLIZEI mit der Veröffentlichung erster Reaktionen von Gewerkschaftsmitgliedern. Schickt auch Eure Beiträge bitte an folgende E-Mail-Adresse gdp-pressestelle@gdp.de.

Den Bericht in der April-Ausgabe zur existierenden Schichtproblematik habe ich mit Interesse gelesen. Ich selbst bin seit mehr als drei Jahrzehnten im Wechselschichtdienst tätig und teile die Meinung des Verfassers bezüglich der Komplexität einer einvernehmlichen und tragenden Lösungsfindung. Das Finden einer Balance zwischen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Freizeit und Gesundheitsschutz, stellt hier sicherlich die größte Herausforderung dar.



den Arbeitsblöcken, massive gesundheitliche Bedenken.

Die größte Schnittmenge zwischen dem Wunsch nach Freizeit und einer Optimierung des Gesundheitsaspektes findet sich in einer 12-Stunden-Lösung. Diese ist bezogen auf das Spät-/Früh-/Nacht-Modell eins zu eins umsetzbar, erfüllt in vollem Umfang die Arbeitszeitverordnungen, garantiert weiterhin die Freizeitblöcke und stellt eine eindeutige Verbesserung bezüglich der Gesundheitsproblematik dar (mindestens 24 Stunden Freizeit zwischen jedem Arbeitseinsatz; nach Abschluss eines Turns zwei Tage frei). Durch die Reduzierung auf zwei Schichten (Spät/Nacht) wird die Belastung durch An- und Abfahrten signifikant um ein Drittel verringert, was eine weitere gesundheitliche Entlastung für jeden Schichtdienstleistenden bedeutet. Eine zusätzliche Verstärkung dieses Effekts würde durch eine sukzessive Verringerung der Wochenarbeitszeit von Langzeit-Schichtleistern erzielt.

Name der Redaktion bekannt



Wo liegen jedoch die Prioritäten? Nach meiner Erfahrung kommt dem Faktor Freizeit eindeutig die größte Bedeutung zu. Nahezu jeder, der im Jahresverlauf an vielen Nächten, Wochenenden und Feiertagen Dienst leistet, wünscht sich einen entsprechenden zeitlichen Ausgleich. Nur dann kann sich die Schicht als Job auf Langzeit definieren. Nur unwesentlich schwächer bewertet wird der Aspekt des Gesundheitsschutzes.

Hier stellt sich nun die Frage, welches Modell berücksichtigt beide Komponenten gleichermaßen und trifft auf eine tragende Zustimmung der Schichtdienstleistenden. Modelle, die auf einer reinen 8-Stunden-Basis funktionieren, erfüllen die Arbeitszeitverordnungen und weitestgehend den Gesundheitsschutz. Allerdings muss weiterhin Schichtarbeit geleistet werden und die Mitarbeiter verlieren durch häufigere Einsätze ihre hochgeschätzten Freizeitblocks. Das Modell Spät-/Früh-/Nacht mit 24 Stunden Arbeitszeit an zwei aufeinanderfolgenden Tagen ermöglicht zwar die gewünschten Freizeitblocks, beinhaltet aber, als rückwärts rollierendes System mit zwei Einsätzen am zweiten Tag (Früh/Nacht), durch eine Umkehr des natürlichen Biorhythmus und den knappen Ruhezeiten zwischen

Ich habe in meiner Dienstzeit bei verschiedenen Polizeien (BGS, PP Bonn, BR Köln, PI Cuxhaven) Erfahrungen mit diversen Wechselschichtdienstmodellen machen können/dürfen. Ich persönlich bin damals – ab etwa 1990 im Alter von 25 Jahren – mit einem System von drei Dienstgruppen und der wöchentlichen Schichtreihenfolge von Nacht-/Spät-/Früh-/Nacht (danach beginnt wieder die Nachtschichtwoche) ganz gut zurechtgekommen. In diesem Modell war auch die Möglichkeit gegeben, am Wochenende mit 12-Stunden-Schichten zu arbeiten, um jeder Dienstgruppe ein komplett freies Wochenende im Rhythmus von drei Wochen zu gewähren. Ich bin gerne bereit, dieses Modell ausführlich vorzustellen.

„Gelandet“ bin ich schließlich in Cuxhaven bei dem sogenannten Be-

darfsorientierten Schichtdienstmanagement (BSM) – einem Schichtsystem, bei dessen Entwicklung viele Polizeibeamte, aber meines Wissens kein Arbeitsrechtler mitgewirkt hat.

Die Bedenken hinsichtlich der Umstellungsbereitschaft sehe ich genauso, wie sie in dem Artikel beschrieben werden: die meisten Kollegen und Kolleginnen sind zu bequem, um sich mit Neuem auseinanderzusetzen. Ein weiterer Aspekt dürften Bemerkungen von Vorgesetzten gegen Vorschläge zu anderen Schichtplänen sein. Wer will es sich schon mit seinen Beurteilern verderben?

Nach Erfahrungen mit anderen Schichtdienstmodellen wechselte ich als fast 50-Jähriger in den Tagesdienst und versehe meinen Dienst in einem Fachkommissariat.

Den Vorschlag zum „klassischen Tagesdienst“ halte ich für hervorragend. So kann jede Beamtin/jeder Beamte sich auch im Bereich der Sachbearbeitung einen eigenen Schichtplan erstellen. Die Belange dafür können ganz unterschiedlich sein: liegt dem ein oder anderen die Morgenzeit nicht, fängt man halt später an (Der frühe Vogel kann mich mal!), Kinderbetreuung am Nachmittag ließe ein regelmäßiges Dienstende um 14.30 Uhr zu.

Als Jugendfußballtrainer habe ich zum Beispiel das Problem, dass ich an den Trainingstagen (zusätzlich an Spieltagen in der Woche) recht früh Feierabend machen muss. Bei der Möglichkeit, die Dienstzeit auf einen Bereich zwischen 6 und 22 Uhr aufzuteilen, ergeben sich viele Möglichkeiten, die fehlenden Stunden auszugleichen. Ein weiterer Vorteil wäre die Bürgerfreundlichkeit: Vernehmungen könnten nach Absprachen zum Beispiel so gelegt werden, dass sich der Bürger nicht frei nehmen müsste. Er könnte nach der eigenen Arbeitszeit an der Dienststelle erscheinen.

(Inner)dienstliche Besprechungen könnten rechtzeitig angekündigt werden und die Teilnahme ist dann verpflichtend. Hier sollte beachtet werden, dass größtenteils die Leiter der Fachkommissariate und Dienststellenleiter an diesen Besprechungen teilnehmen müssen und nicht die breite Belegschaft. Tägliche (Lage-)Besprechungen innerhalb des Fachkommissariats würde ich auf circa 13 oder 13.30 Uhr terminieren: dann erreiche ich den Frühdienstler noch, und die ersten Spätschichtler sind auch schon anzutreffen.

Helmut Mense, Cuxhaven





CYBERCRIME!
MIT VORSICHT IM NETZ

www.PolizeiDeinPartner.de

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

POLIZEI
DEIN PARTNER

Gewerkschaft der Polizei

Das Präventionsportal

JETZT INFORMIEREN!

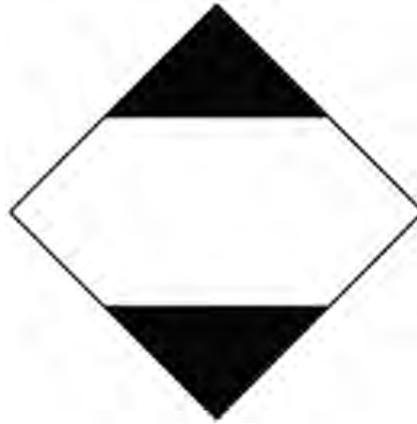
Viele Informationen und Tipps
hierzu auf dem [Präventionsportal](#)
der Gewerkschaft der Polizei

Gefahrgutbeförderung: Ein unscheinbares Gefahrgut-Kennzeichen!

Von Reinhard Leuker

Es hat jeder schon einmal gesehen. Nur die wenigsten wissen, was dieses Kennzeichen bedeutet. Dieses Kennzeichen weist auf gefährliche Güter hin. Man findet es im Chemiehandel, im Baumarkt aber auch im Supermarkt. Und, was jetzt einige womöglich vermuten, dahinter steckt durchaus eine komplexe Materie:

Im Kapitel 3.4 ADR (Accord européen relatif au transport international des marchandises Dangereuses par Route – Europäisches Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße) werden die erleichterten Beförderungsbedingungen für Gefahrgüter in „begrenzten Mengen“ (Limited Quantity = LQ) beschrieben.



3.4 In begrenzten Mengen verpackte gefährliche Güter

Folgende Gefahrgutvorschriften sind auch bei begrenzten Mengen maschinenunabhängig einzuhalten:

Werden die in den Buchstaben a) bis h) aufgeführten Bedingungen erfüllt, brauchen aufgrund des Unterabschnitts 1.1.3.4.2 ADR die übrigen Gefahrgutvorschriften nicht beachtet werden.

Zwei Beispiele, welche Vorschriften unter anderem vom Fahrer einzuhalten sind:

Zu a) Kapitel 1.3 ADR

Der Fahrer muss an einer speziellen Gefahrgutunterweisung teilgenommen haben. Hierüber muss er nach aktueller Rechtslage jedoch keinen Nachweis mitführen und zur Kontrolle aushändigen. Der Unternehmer ist jedoch verpflichtet, ihm eine solche Bescheinigung auszustellen. Diese Unterweisung ist in regelmäßigen Abständen zu wiederholen, in Deutschland spätestens nach zwei Jahren.

Zu g) Abschnitt 7.5.7 ADR

Der Fahrer muss die gefahrgutrechtlichen Ladungssicherungsvorschriften einhalten. Ist ein Versandstück mit be-



Fotos (2): Reinhard Leuker

- a) Teil 1 Kapitel 1.1, 1.2, 1.3, 1.4, 1.5, 1.6, 1.8 und 1.9,
- b) Teil 2,
- c) Teil 3 Kapitel 3.1, 3.2 und 3.3 (mit Ausnahme der Sondervorschriften 61, 178, 181, 220, 274, 625, 633 und 650 e)),
- d) Teil 4 Unterabschnitte 4.1.1.1, 4.1.1.2 und 4.1.1.4 bis 4.1.1.8,
- e) Teil 5 Unterabschnitte 5.1.2.1 a) (i) und b), 5.1.2.2, 5.1.2.3 und 5.2.1.10 sowie Abschnitt 5.4.2,
- f) Teil 6 Bauvorschriften des Abschnitts 6.1.4 sowie Unterabschnitte 6.2.5.1 und 6.2.6.1 bis 6.2.6.3,
- g) Teil 7 Kapitel 7.1 sowie Abschnitte 7.2.1, 7.2.2, 7.5.1 (mit Ausnahme von Unterabschnitt 7.5.1.4), Unterabschnitt 7.5.2.4, Abschnitte 7.5.7, 7.5.8 und 7.5.9
- h) Unterabschnitt 8.6.3.3 und Abschnitt 8.6.4



grenzten Mengen nicht entsprechend gesichert oder droht es durch andere mit nicht Gefahrgut ungesicherten Versandstücken die Schädigung, so sind in der Regel Bußgelder von 300 Euro gegen den Fahrer fällig. Zusätzlich sind Bußgelder in Höhe von 500 Euro gegen den Unternehmer als Verloader und bei fehlender oder unzureichender Ladungssicherungsausstattung 800 Euro



gegen den Unternehmer als Beförderer (Halter) nach GGVSEB (Verordnung über die innerstaatliche und grenzüberschreitende Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße, mit Eisenbahnen und auf Binnengewässern) zu erstellen.

Zusätzlich erfolgen ein Eintrag im Verkehrszentralregister (VZR) in Flensburg sowie ein Eintrag in die Unternehmensdatei beim Bundesamt für Güterverkehr (BAG) in Köln.

Höchste Risikogruppe

Ladungssicherungsverstöße sind aufgrund Anlage 2 zur Verordnung über die Kontrollen von Gefahrguttransporten auf der Straße und in den Unternehmen (GGKontrollV) in die höchste Risikogruppe eingestuft. Dieses hat eine Untersagung der Weiterfahrt gemäß Paragraf 5 GGKontrollV zur Folge.

Bei Unternehmen, die gefährliche Güter auch in „begrenzten Mengen“ be- oder entladen, sind immer Ein- und Ausfahrkontrollen durchzuführen. Dieses ergibt sich aus Buchstabe g) Abschnitt 7.5.1. Auch dieses ist gefahrgutrechtlich ahndungsfähig. Insbesondere bei festgestellten Mängeln im Rahmen von Unterwegskontrollen muss die Frage ausgeworfen werden, ob dieses nicht bei der Ausfahrkontrolle hätte erkannt werden müssen.

tion aus IMDG, „International Maritime Code for Dangerous Goods“) mit begrenzten Mengen müssen ausreichend stabil sein und die Beförderung schadlos überstehen können (siehe Buchstabe d) Teil 4). Versandstücke dürfen nicht schwerer als 30 Kilogramm (brutto) und Trays nicht schwerer als 20 Kilogramm (brutto) sein.

Die Größe der Innenverpackung, in dem sich das gefährliche Gut befindet, richtet sich nach Spalte 7 aus Tabelle A im Kapitel 3.2 ADR. Dieses kann je nach Gefahrengrad des Gutes von jeweils maximal 100 Milliliter bis 5 Liter beziehungsweise 500 Gramm bis 5 Kilogramm sein.

Das Versandstück beziehungsweise Tray ist mit dem Kennzeichen zu versehen. Dieses muss wie folgt ausgeführt sein:

3.4.7.1 ADR

Das Kennzeichen muss leicht erkennbar und lesbar sein und der Witterung ohne nennenswerte Beeinträchtigung seiner Wirkung standhalten können. Das Kennzeichen muss die Form eines auf die Spitze gestellten Quadrats (Raute) haben. Die oberen und unteren Teilbereiche und die Randlinie müssen schwarz sein. Der mittlere Bereich muss weiß oder ein ausreichend kontrastierender Hintergrund sein.

messungen nicht näher spezifiziert sind, müssen die Proportionen aller Merkmale den abgebildeten in etwa entsprechen.

3.4.7.2 ADR

Wenn es die Größe des Versandstücks erfordert, dürfen die in der Abbildung 3.4.7.1 angegebenen äußeren Mindestabmessungen auf nicht weniger als 50 Millimeter mal 50 Millimeter reduziert werden, sofern das Kennzeichen deutlich sichtbar bleibt. Die Mindestbreite der Begrenzungslinie der Raute darf auf ein Minimum von einem Millimeter reduziert werden.“

Abschließend ist eine Kennzeichnung der Fahrzeuge erforderlich, wenn diese mehr als 8.000 Kilogramm brutto Gefahrgut in begrenzten Mengen befördern und die Beförderungseinheit eine höhere Masse als 12.000 Kilogramm hat.

Die Raute an den Beförderungseinheiten muss die Größe von 250 Millimeter mal 250 Millimeter haben. Sie sind grundsätzlich vorn und hinten an der Beförderungseinheit anzubringen. Wird ein bereits an allen vier Seiten mit dem Kennzeichen versehener Container verladen und die Kennzeichen bleiben sichtbar, darf auf die Kennzeichnung vorn und hinten an der Beförderungseinheit verzichtet werden.

Fazit

Eine Unsicherheit bleibt für fast alle, insbesondere bei einer Kontrolle oder bei einem Unfall oder Zwischenfall, das Kennzeichen gibt keine Auskunft über die Gefährlichkeit des Gutes und die Art der Gefahr. Es kann giftig sein, entzündbar flüssig, gasförmig oder ätzend, oder, oder, oder ... Da auch kein Beförderungspapier vorgeschrieben ist, existiert keine schriftliche Unterlage über die Art und Gefährlichkeit sowie über die Masse, die in der Beförderungseinheit vorhanden ist.

Die Erfahrung bei Kontrollen hat gezeigt, dass selbst Fahrer mit Versandstücken in „begrenzten Mengen“, zum Beispiel Kurier-, Express- und Paketdienste (KEP) ahnungslos waren, als man sie darauf hinwies, dass sie Gefahrgut geladen haben.

Klar, in solchen Fällen steht schon fest, dass eine Unterweisung gemäß Kapitel 1.3 und Abschnitt 1.10.2 ADR nicht stattgefunden haben konnte.



Ausreichend stabil

Versandstücke und Trays (Defini-

Die Mindestabmessungen müssen 100 Millimeter mal 100 Millimeter und die Mindestbreite der Begrenzungslinie der Raute 2 Millimeter betragen. Wenn Ab-



Beschädigte Versandstücke

Von Reinhard Leuker

Wann gelten Versandstücke im Straßenverkehr, die mit gefährlichen Gütern gefüllt oder leer und ungereinigt sind, als beschädigt, sodass eine Beförderung verboten ist? Diese Frage stellt sich häufig für die Kolleginnen und Kollegen bei ihren Gefahrgutkontrollen auf der Straße. Auch die Kontrolleure des Bundesamtes für Güterverkehr (BAG) und der Bezirksregierung tun sich mit diesen Entscheidungen schwer.

Für die Verwendung von Versandstücken ist gefahrgutrechtlich das Unternehmen als Verpacker verantwortlich. Dieses hat zu prüfen, ob das Versandstück eine Beschädigung aufweist, die ein Einfüllen des Gefahrgutes verbietet, also nicht beschädigt ist.

In der Kette von Verantwortlichkeiten im Gefahrgutrecht liegt die nächste beim Unternehmen als Verwahrer. Dieser hat zu prüfen, ob das zu übergebende Versandstück mit gefährlichen Gütern erkennbar unvollständig oder beschädigt oder an der Außenseite mit Anhaftungen gefährlicher Rückstände versehen ist. Stellt er einen entsprechenden Mangel oder Schaden fest, insbesondere das es undicht ist, darf er es nicht zur Beförderung übergeben.

Die nächsten Verantwortlichen sind die Fahrzeugbesetzungen, das Fahrpersonal. Diese dürfen ebenfalls keine erkennbar unvollständigen oder beschädigten, insbesondere undichten Versandstücke mit gefährlichen Gütern übernehmen und befördern. Die Verantwortlichkeit ist rechtlich klar geregelt. Bußgelder können gemäß Paragraph 38 Gefahrgutverordnung Straße, Eisenbahn und Binnenschiffahrt (GGVSEB) im Sinne von Paragraph 10 Gesetz über die Beförderung gefährlicher Güter (GGBefG) erhoben werden.

Bei Kontrollen auf der Straße oder in den Unternehmen durch die zuständigen Kontrollorgane, Polizei, Bundesamt für Güterverkehr und/oder Bezirksregierungen (zum Beispiel: Dezernat 55 in Nordrhein-Westfalen) sind die Weiterfahrten beziehungsweise Abfahrten zu untersagen. Dieses wird geregelt durch Paragraph 3 (7) und Paragraph 4 (2) und (3) in Verbindung mit Anlage 3 zur Verordnung über die

Kontrollen von Gefahrguttransporten auf der Straße und in den Unternehmen (GGKontrollV).

Die Anlage 3 zur GGKontrollV stuft solche unvollständigen oder beschädigten oder an der Außenseite mit Anhaftungen gefährlicher Rückstände versehene, insbesondere undichte Versandstücke mit gefährlichen Gütern in die höchste Gefahrenkategorie I ein. Dieses hat zur Folge, dass die Ab- beziehungsweise Weiterfahrt so lange untersagt ist, bis der Mangel behoben ist und keine Gefahr mehr besteht. Am Abfahrort kann durch Abladen des mangelhaften Versandstücks mit gefährlichen Gütern dies schnell erreicht werden, jedoch bei Straßenkontrollen ist es oft nur mit sehr umständlichen und teuren Maßnahmen durchführbar. Hier muss dann in Regel auch die Feuerwehr zur Gefahrenbeseitigung gerufen werden. Danach muss, wenn beispielsweise die Kontrolle auf einem Autobahnparkplatz stattfindet, geprüft werden, wie nun weiter zu verfahren ist. Auf dem Parkplatz neu verpacken oder in Bergungsverpacken umschließen oder beispielsweise mit polizeilicher Begleitung zu einem nächsten sicheren Ort begleiten, wo neu verpackt oder gegebenenfalls entsorgt werden kann. Dieses können sehr weitreichende, zeitaufwendige und teure Maßnahmen werden beziehungsweise sein.

Für solch weitreichende Entscheidungen nutzen die Kontrolleure gern den Leitfaden „Beschädigte Gefahrgutversandstücke im Luftverkehr“. Diese Hilfen sind jedoch auf die weitaus höheren rechtlichen Anforderungen an Versandstücke für die Gefahrgutregelungen im Luftverkehr hin erstellt worden. Leider gibt es für den Landverkehr nicht vergleichbares.

2012 wurde unter fachlicher Begleitung der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) der

erste Schritt für eine spezielle Erstellung eines „Leitfadens für beschädigte Gefahrgutversandstücke im Landverkehr“ vollzogen. Aus nicht mehr feststellbaren Gründen wurde dies bis heute unterbrochen. Erst Ende des Jahres wurde auf BAM-Veranlassung die Arbeitsgruppe zur Erstellung dieses Leitfadens wieder ins Leben gerufen. Eine erste Sitzung soll demnächst stattfinden. Es ist zu hoffen, dass dieser Leitfaden bald den Kontrolleuren, aber auch den Gefahrgutbeauftragten und Verantwortlichen in den Unternehmen einschließlich öffentlichen Unternehmen für die Entscheidungsfindung zur Verfügung stehen wird.

Begriff der beschädigten Verpackung eines Versandstücks

Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf 1. Senat für Bußgeldsachen 5 Ss (OWi) 132/91 - (OWi) 82/91 I vom 23.8.1991

Beschluss

1. Eine beschädigte Verpackung liegt dann vor, wenn die festgestellten Abweichungen von dem vorgeschriebenen Zustand der Verpackung zumindest bereits die Gefahr in sich bergen, dass Gefahrgut austreten kann.

2. Bei wiederverwendbaren Verpackungen (hier: Stahlfässern) liegt eine Beschädigung nicht schon bei einer Beeinträchtigung des äußeren Erscheinungsbildes vor (hier: Eindrückungen), sondern dann, wenn die Gefahr des Austritts des gefährlichen Stoffes aus der Verpackung zu befürchten ist, und diese Anzeichen verminderter Widerstandsfähigkeit gegenüber dem zugelassenen Baumuster aufweist.

3. Allein die durch sonstige Erkenntnisse nicht belegte Annahme in den Urteilsfeststellungen „es muss davon ausgegangen werden, dass derartige verbeulte Fässer einen Sturz aus 1,8 Metern Höhe nicht mehr unbeschadet überstehen ...“ reicht zur Annahme einer beschädigten Verpackung im Sinne der Gefahrgutverordnung Straße (GGVS) Paragraphen 4 Absatz 4 S 2 und Absatz 5 nicht aus.



Datenschutzrecht auf nationaler und europäischer Ebene

Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und in Europa laufen Gefahr, gläsern zu werden. Personenbezogene Daten werden, ob für den Einzelnen bewusst oder unbewusst, von einer rasant zunehmenden Anzahl staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen und Organisationen erhoben, verarbeitet und auch veräußert. Facebook und Co. lassen grüßen. Die Europäische Union (EU) hat nach jahrelanger Arbeit, insbesondere des Europaparlaments, die „EU-Datenschutz-Grundverordnung“ (EU-DSGVO) verabschiedet.

Erstmals gibt es ein EU-weit und darüber hinaus reichendes Datenschutzgrundrecht. Aber der Schutz personenbezogener Daten ist kein uneingeschränktes Recht. Dieses Grundrecht muss im Hinblick auf die gesellschaftliche Funktion der Datenerhebung bewertet und gegenüber anderen Grundrechten abgewogen werden. Das Fotografieren von Personen berührt den Schutzbereich des Datenschutzgrundrechts, ein Verbot des Fotografierens aber würde das Grundrecht auf allgemeine Hand-



lungsfreiheit sowie die Kunstfreiheit und auch die Pressefreiheit erheblich einschränken.

Der Großkommentar „Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)“, herausgegeben von Professor Dr. Kühling und Professor Dr. Buchner, ist eine tiefgehende Darstellung aller Normen und Regeln und besticht durch die große Praxisnähe.

Dem C. H. Beck-Verlag ist die Auflage eines Standardkommentars gelungen, der alle Facetten des komplizierten Datenschutzrechts erfasst. Bedeutsam auch für die Arbeit in einer Gewerkschaft ist Artikel 9 der DS-GVO, dort ist bestimmt, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten, aus denen sich zum Beispiel eine Gewerkschaftszugehörigkeit ergibt, untersagt ist, wenn die Verarbeitung nicht ausdrücklich erlaubt wird. Kühling und Buchner schreiben dazu: „Der Schutz der Wahrnehmung gewerkschaftlicher Rechte ist gesellschaftlich und rechtlich gewünscht. Es spielt keine Rolle, ob die Gewerkschaft parteipolitisch oder insofern neutral ausgerichtet ist, ob es sich um eine Einheits- oder um eine in Konkurrenz bestehende Beschäftigtenorganisation handelt.“ Dem ist nichts hinzuzufügen!

Zum Thema Datenschutz-Grundverordnung wird in der Juni-Ausgabe DEUTSCHE POLIZEI eine ausführliche Darstellung erfolgen.

Sascha Braun

Datenschutz-Grundverordnung, Bundesdatenschutzgesetz: DS-GVO/ BDSG, Prof. Dr. Jürgen Kühling, Prof. Dr. Benedikt Buchner, C.H. BECK, 2. Auflage 2018, Hardcover (In Leinen), 1.624 Seiten, 179 Euro, ISBN 978-3-406-71932-5



Nr. 5 • 67. Jahrgang 2018 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei



Erscheinungsweise und Bezugspreis:

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Deutsche
Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 0
Fax: (030) 39 99 21 - 200
Internet: www.gdp.de

Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/ Pressestelle

Chefredakteur/Pressesprecher: Rüdiger Holecek (hol)
CvD: Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)
Redaktionsassistent: Johanna Treuber
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117
Fax: (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Grafische Gestaltung & Layout: Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183
Fax (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdpolizei.de

Geschäftsführer: Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin: Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40 vom 1. Januar 2018.

Bitte wenden Sie sich bei **Adressänderungen** nicht an den Verlag, sondern an Ihre Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- oder Bezirksteils in der Mitte des Heftes.



Druckauflage dieser Ausgabe: 185.945 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG, DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0,
Fax (02831) 89887

Titel
Foto: GdP/Hagen Immel

Gestaltung:
Rembert Stolzenfeld



TOP IN FORM UND FUNKTION



JAMES & NICHOLSON

Funktionelle Sport-Softshell-Jacke für Sport, Freizeit und Promotion

- Leichtes, elastisches 3-Lagen-Funktionsmaterial mit TPU-Membran
- Wind- und wasserdicht (5.000mm Wassersäule)
- Atmungsaktiv und wasserdampfdurchlässig (5.000g/m²/24h)
- Durchgehend hinterlegter reflektierender Frontreißverschluss mit Kinnschutz
- Zwei seitliche Taschen mit Reißverschluss
- Zwei Innentaschen
- Stehkragen
- Ärmeltasche und Rückenteil mit reflektierendem Druck
- Elastischer Ärmelabschluss mit Daumenschlupf
- Verlängertes Rückenteil
- Damen taillierte Form
- Oberstoff (180 g/m²): 100% Polyester

☀ 33,45 € 41,85 €



Bezeichnung	S	M	L	XL	2XL	3XL
Herren Sport-Softshell-Jacke maigrün	258410	258412	258413	258415	258417	258419
Herren Sport-Softshell-Jacke cyan	258510	258512	258513	258515	258517	258519
Herren Sport-Softshell-Jacke rot	258610	258612	258613	258615	258617	258619
Herren Sport-Softshell-Jacke navy	258710	258712	258713	258715	258717	258719
Herren Sport-Softshell-Jacke gelb	258810	258812	258813	258815	258817	258819
Herren Sport-Softshell-Jacke orange	258910	258912	258913	258915	258917	258919
Damen Sport-Softshell-Jacke maigrün	259410	259412	259413	259415	259417	-
Damen Sport-Softshell-Jacke cyan	259510	259512	259513	259515	259517	-
Damen Sport-Softshell-Jacke rot	259610	259612	259613	259615	259617	-
Damen Sport-Softshell-Jacke navy	259710	259712	259713	259715	259717	-
Damen Sport-Softshell-Jacke gelb	259810	259812	259813	259815	259817	-
Damen Sport-Softshell-Jacke orange	259910	259912	259913	259915	259917	-



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Letzter Bestelltermin: 31. Mai 2018
Bestellungen ab 100,- € versandkostenfrei.
Weitere Polizeiartikel und nützliche
Produkte finden Sie unter:
www.osg-werbemittel.de

Sicherheit beim Einkauf.

Zehntausende Menschen kommen täglich in unsere bundesweit gelegenen Einkaufs-Zentren, um dort einzukaufen. Sie sollen ihren Aufenthalt genießen und sich wohl und sicher fühlen.

Da ist es beruhigend zu wissen, das in jeder Stadt auf hilfsbereite Polizistinnen und Polizisten Verlass ist, die uns im Falle eines Falles mit Rat und Tat zur Seite stehen.



Weißes Ross
Braunschweig



Schloss Arkaden
Heidenheim



Kaiser Passage
Worms



City Rondell
Schwenningen



Vennehof
Borken



Shopping Plaza
Garbsen

Für ihre Unterstützung danken wir der Polizei